Einzelpreis 70 Pfg. · 5. Jahrg. Dienstag, 10. Januar 1922 Nummer 15 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugendgenosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 65.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die nächsten Aufgaben der Arbeiterklasse

Unser Parteitag

Es gewährt ein eigenartiges Vergnügen, die Betrachtungen der Presse zu verfolgen, mit denen sie den Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie verfolgt. Alle Tonarten werden dabei angeschlagen. Die einen meinen, man solle die Unabhängigen unter sich lassen, denn ihre Beratungen böten für die Oeffentlichkeit kein besonderes Interesse; wo anders wiederum kann man lesen, daß man den Parteitag mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen müsse, denn da unsere Partei sich zunehmender Anerkennung in den Arbeiterkreisen erfreue, so seien die Beschlüsse, die in Leipzig gefaßt werden würden, auch von großer Bedeutung für die künftige politische Haltung des Proletariats. In der rechtssozialistischen und in der kommunistischen Presse ist vor dem Parteitag übereinstimmend festgestellt worden, daß die Partei in zwei Flügel zerfallen sei, nämlich die Richtung Hilferding und die Richtung Ledebour; heute wiederum kann man aus dem „Vorwärts“ erfahren, daß in Leipzig bereits der linke Flügel gesiegt habe, und aus der „Roten Fahne“ entnimmt man, daß die Bureaukraten, die Hilferdinge und die Bonzen die Oberhand gewonnen hätten.

Inzwischen aber hält es der Parteitag mit dem bekannten Dichterworte, daß man sich, wenn man reite, von dem lauten Schall des Bellens nicht beirren lassen brauche. Der gestrige erste Verhandlungstag zeigt das Bild voller Einmütigkeit, und wenn man von dem Ausdruck des Temperaments der verschiedenen Redner absieht, so konnte man feststellen, daß niemand gewillt ist, von der bisherigen eindeutigen Linie der Partei abzuweichen. Das bedeutet, daß wir auch künftig keine Zugeständnisse, weder nach rechts oder nach links, weder an die den Putschismus, noch an Reformismus zu machen gedenken. Positive Arbeit im besten sozialistischen und proletarischen Sinne wollen wir leisten; wir wollen der Arbeiterklasse den Weg zeigen, auf dem sie zur Einigung und zu gemeinsamem Handeln kommen wird. Das heißt also, daß wir uns nicht erschöpfen wollen in Redereien über die Einigung, sondern die Grundlage schaffen wollen, auf der der sozialistische Einheitsbau errichtet werden kann.

Das kommt mit aller Deutlichkeit in dem Manifest zum Ausdruck, das dem Parteitag von den leitenden Körperschaften der Partei, dem Zentral-Komitee, dem Beirat und der Kontrollkommission vorgelegt worden ist. Unsere klare Klassenkampfpolitik wollen wir fortsetzen, das Proletariat mit sozialistischem Klassenbewußtsein erfüllen. Die Erringung und Behauptung der Macht durch die Arbeiterschaft sei die oberste Aufgabe, dazu bedürfe es der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte und diese werde erwachsen aus dem Ringen des Proletariats um seine Lebensinteressen. Aus diesen gemeinsamen Kämpfen werde sich der Weg ergeben, der schließlich zur Vereinigung führt auf dem Boden des Kampfes für die Verwirklichung des Sozialismus. Und nun stellt das Manifest folgendes Programm für die nächsten Wirtschafts- und sozialistischen Kampfziele in den Vordergrund:

1. Fortführung der **sozialen Gesetzgebung.**
2. Bekämpfung jeder Verlängerung der **Arbeitszeit.**
3. Ablehnung jeder Beschränkung der **Koalitionsfreiheit** und des **Streikrechts.**
4. Erweiterung der Rechte der **Betriebsräte.**
5. Verwirklichung des Grundsatzes, daß der Staat die **Pflicht zur Erhaltung bedürftiger, arbeitsunfähiger oder arbeitsloser Mitglieder der Gesellschaft** hat.
6. Schaffung eines **einheitlichen Arbeitsrechtes.**

Eine den Klassenforderungen des Proletariats entsprechende Führung der Reichsgeschäfte setzt eine **Finanz- und Steuerpolitik** voraus, die an Stelle der weiteren einseitigen Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger endlich Ernst macht mit der wirksamen Heranziehung des Besitzes zu den Staatslasten.

Die von der Regierung vorgelegten Steuerentwürfe erreichen das Ziel der Ordnung der Reichsfinanzen nicht und widersprechen den Interessen der Arbeiterklasse.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei lehnt jede weitere Belastung der arbeitenden Massen ab und bekämpft auf das entschiedenste neue indirekte und Verbrauchssteuern.

Dagegen fordern wir die Heranziehung des Besitzes mit solchen Methoden, die eine rasche Einziehung gewährleisten, die Steuerhinterziehung verhindern und die Besteuerung nach der wirklichen Leistungsfähigkeit garantieren. **Leistungsfähig aber sind die Besitzer der Produktionsmittel,** für die die Geldentwertung eine Quelle der Bereicherung geworden ist. Als Grundlage der Finanzreform verlangen wir deshalb

die Erfassung der Sachwerte.

Wir fordern weiter:

Unverzügliche Einziehung aller rückständigen Einkommen- und Vermögenssteuern der besitzenden Klasse für die Jahre 1919, 1920 und 1921!

Erhebung der letzten zwei Drittel des **Reichsnotopfers.**

Schärfste **Besteuerung der Spekulationsgewinne,** insbesondere der Gratisaktien und Bezugsrechte.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben zur **Erfassung der Valutagewinne,** verschärfte Erfassung der Auslandsdevisen durch wirksame Kontrolle der Ausfuhrhandelsstellen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei **erhebt** von neuem mit allem Nachdruck die Forderung nach

Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Kohlenbergbaues.

Mit fortschreitender Sozialisierung werden auch die Schranken jeder im Kapitalismus möglichen Steuerpolitik überwunden und eine **sozialistische Steuerpolitik** ermöglicht, die die Beseitigung der großen Vermögen und der großen Einkommen zum Endziel hat. Diese von uns erneut erhobenen Forderungen stehen im Einklang mit den im November 1921 **vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände aufgestellten 10 Forderungen.**

Die in diesen Forderungen berührten Probleme wurden auch in den Ausführungen der Redner des gestrigen Tages behandelt. Die Fragen der Einigung, der Koalitionspolitik, des Steuerwesens, der Internationale, erfuhren eine eingehende Erörterung. Wurde auch der Bericht des Genossen Dittmann ein politischer Rückblick auf das vergangene Jahr, auf die Tätigkeit der U. S. P. und die gesamte politische Entwicklung, so unterließ er es doch nicht, auch der Zukunft der proletarischen Entwicklung zu gedenken. Deshalb behandelte er eingehend die Frage der Koalitionspolitik. Die bisherige rechtssozialistische Haltung in dieser Frage lehnte er ab. Er unterschied aber scharf von dieser Koalitionspolitik diejenige unserer österreichischen Genossen. Er betonte ferner, daß wir gegenwärtig nicht zur aktuellen Frage der Koalitionspolitik Stellung zu nehmen haben. Der Parteitag sei kein Kirchenkonzil, aber auch kein Institut für politische Tiefseeforschung. Wenn die Formel zur Fessel zu werden drohe, dann brechen wir sie. Gewiß sei die Einigung eine zwingende Notwendigkeit, aber nur wenn die Parteien, die es zu einigen gilt, auf dem gleichen Kampfboden stehen.

Das große Gebiet der Berichterstattung über die vergangene achtzehnmonatige Tätigkeit der Reichstagsfraktion behandelte Genosse Henke. Auch in seinem Referat trat die Unfruchtbarkeit der Koalitionspolitik für die Arbeiterklasse bei der Erörterung der Wirtschaftsfragen, der Sozialpolitik, der Schulpolitik usw. greifbar in Erscheinung. Daß dies zum mindesten im selben Maße bei den Steuerkämpfen der Fall sein wird, ging ebenfalls aus Henkes Schilderung hervor.

Die Nachmittagssitzung eröffnete Genosse Ledebour mit dem Bericht der Programmkommission, den er mit der Stellungnahme zu einigen aktuellen Fragen verband. Unter großer Aufmerksamkeit des Parteitages behandelte er die Frage der Diktatur des Proletariats und legte dar, wie die von der Sowjetregierung geübten Methoden des Terrors nicht im Einklang ständen mit den Auffassungen des Sozialismus. Ledebour verweilte auch bei der Frage der internationalen Einigung des Proletariats, die durch die Beschlußfassung des Parteitages der französischen Sozialisten eine neue Förderung erhalten hat. Dem gleichen Thema widmete am Schlusse dieses Tages auch der Generalsekretär der französischen Partei, Genosse Faure, den größten Teil seiner mit stürmischem Beifall vom Parteitage aufgenommenen Ansprache.

Heute wird die Debatte über die Berichte fortgesetzt, die gestern mit einigen Rednern bereits begonnen hatte.

In Erwartung der deutschen Abordnung

Cannes, 9. Januar. Havas.

Man sieht hier der Ankunft der deutschen Abordnung für Mittwoch abend entgegen. Der Oberste Rat könnte demnach ihre Mitteilungen Donnerstag morgen entgegennehmen.

Paris, 9. Januar.

Der Sonderberichterstatter von Havas meldet aus Cannes von heute abend: Der Oberste Rat wird die deutsche Delegation einladen Paris am 10. Januar zu verlassen, um am 11. Januar in Cannes zu sein.

Beratungen über die Garantiefrage

EE. Cannes, 9. Januar.

Um 10.30 Uhr vormittags kamen die mit der Lösung der Reparationsfrage beauftragten Minister zusammen und berieten über die Garantien, die von Deutschland zur Gesundung seiner Finanzen zu fordern wären. In den meisten Punkten wurde ein Einvernehmen erzielt, einige andere sollen noch zur Sprache gebracht werden, wenn die deutsche Abordnung in Cannes vor dem Obersten Rat erscheint. Die wichtigste Frage war die von Frankreich verlangte Uebersiedlung des Garantiekomitees nach Berlin. Die englische Abordnung war der Ansicht, daß die Reparationskommission ihren Sitz ebenfalls in Berlin aufschlagen sollte, damit eine Trennung der beiden Organismen vermieden werde und damit auch gleichzeitig eine weitere Steigerung der Unkosten. Eine Entscheidung hierüber wurde noch nicht getroffen.

Um 3 Uhr findet heute nachmittag eine Konferenz unter dem Vorsitz Loucheurs statt, die diejenigen Minister vereinigen wird, die in Paris den Plan für das europäische Wirtschaftskonsortium ausgearbeitet haben und beauftragt sind, das Programm für die Konferenz von Genua aufzustellen. Auf 4 Uhr wurde eine neue Sitzung über Reparationsfragen angesetzt, insbesondere über die Zahlungen, die Deutschland während des Jahres 1922 leisten soll. Um 5 Uhr soll eine Vollsitzung des Obersten Rates stattfinden.

(Havas.) Cannes, 9. Januar.

Briand beriet heute vormittag eine ganze Stunde mit Lord Curzon. Er nahm gemeinsam mit dem britischen Außenminister eine **allgemeine Prüfung der Probleme** vor, die die beiden Länder angehen. Sie sollen in möglichst kurzer Zeit geregelt werden. Diese Besprechung, auf die weitere folgen werden, ist dazu bestimmt, den **Abschluß des gegenwärtig erörterten französisch-englischen Abkommens zu erleichtern.** Sie zeigt den gemeinsamen Wunsch der beiden Regierungen, in ihren gegenseitigen Beziehungen keine Gegensätze aufkommen zu lassen, weder in der europäischen Politik, noch in der Wahrung ihrer Rechte und Interessen in den Kolonien. Die **Orientfrage** wurde heute vormittag nicht berührt. **Sie soll von den Außenministern Frankreichs, Englands und Italiens in Paris nach der Konferenz von Cannes besprochen werden.**

Einladung an Lenin

DA. Berlin, 9. Januar.

Wie die „Dena“ erfährt, erhielt die Sowjetvertretung in Berlin von der russischen Handelsvertretung in Italien folgendes Radiotelegramm vom 8. Januar: Heute abend wurde uns vom Ministerium des Auswärtigen ein Memorandum folgenden Inhalts überreicht: Auf Grund eines Beschlusses des Obersten Rates findet im März in Italien **eine finanzwirtschaftliche Konferenz aller Länder Europas** statt. Die italienische sowie die englische Regierung sind der Meinung, daß **die persönliche Anwesenheit Lenins auf dieser Konferenz** erheblich dazu beitragen würde, die Lösung der Frage des europäischen wirtschaftlichen Gleichgewichts zu erleichtern. Das Ministerium des Auswärtigen bittet, Moskau von diesem Wunsche der italienischen Regierung in Kenntnis zu setzen, damit die Antwort bis Montag nach Cannes übermittelt werden kann.

Eine regierungsoffiziöse Auslassung

Paris, 9. Januar.

„Temps“ schreibt, daß das Uebereinkommen, das in Cannes abgeschlossen werde, vor allem eine gegenseitige Garantie für die gemeinsamen und vitalen Interessen Frankreichs und Englands bieten. Der wesentliche Vorteil sei, daß er **eine französisch-deutsche Entspannung erleichtere,** ohne daß England hierdurch in den Schatten trete. Deutschland könne beispielsweise aus freien Stücken den Bestimmungen beitreten, die einen Teil seines Landes entmobilisiere, sowie den Bestimmungen, die die maritime Sicherheit Englands und Frankreichs aufrechterhalten sollen. Dank einer derartigen Entspannung, die dann entstehen werde, wäre die französische und die englische Regierung besser imstande, die **Konsolidierung des demokratischen Regimes in Deutschland zu begünstigen.**

Die französischen Nationalisten sind unzufrieden

„Journal des Debats“ erklärt, in Cannes sei **alles in voller Verwirrung.** Nach den offiziösesten Blättern hätten die Verhandlungen den Abschluß des sogenannten französisch-englischen Sicherheitsvertrages zum Gegenstand. Daß Briand und Lloyd George sich für ein für sie so interessantes Thema interessierten, begreife man und freue sich darüber, **aber was gehe das den Obersten Rat an?** Warum werde jetzt in die Erörterung über die Reparationen eine Frage hineingeworfen, die sich auf zwei Staaten im besonderen beziehe? Zweifellos werde man darauf hinweisen, daß nach Ansicht Lloyd Georges oder auch anderer Mitglieder des Obersten Rates **die Lösung der Reparationsfrage von der Regelung der englisch-französischen Beziehungen abhänge.** Daß sei aber nur zum Teil richtig, und, soweit es richtig sei, werde beim Abschluß des französisch-englischen Abkommens ein bedauerliches **Verfahren befolgt.**

Swineegel Stinnes

Die Furcht vor dem Erfolg

Deutsche Vertreter sind nach Cannes berufen worden und die Reichsregierung hat Rathenau zum Führer der deutschen Delegation bestimmt. Die nationalistischen Verbohrten, die während des Krieges allabendlich das Stoßgebet sprachen: Herr bewahre uns vor dem Frieden! erleben jetzt die schrecklichsten Angstzustände, weil sie eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Entente und eine Erleichterung der Kriegsschuldlasten für Deutschland ebenso fürchten, wie einst den „Ausbruch des Friedens". Es könnte doch sein, daß Cannes eine solche Erleichterung brächte. Die Deutschnationalen schweigen entweder oder poltern dummes Zeug daher. Die Leute von der Deutschen Volkspartei dagegen wollen „schlauer" sein. Sie wollen sich die politische Konjunktur nicht verderben lassen. Es ist ihnen schmerzlich, daß sie von der Regierung „ausgeschaltet" sind und somit an dem Erfolg der Erfüllungspolitik (er mag zunächst noch so bescheiden sein), die sie bekämpfen, keinen Anteil haben. Wenn ein solcher Erfolg nun schon nicht zu verhindern ist, dann wollen sie doch wenigstens dabei gewesen sein. Täglich macht ihre Presse die lustigsten Verrenkungen, um den Anteil der Stresemänner an der Wendung der Dinge zu beweisen. So schreibt gestern abend „Die Zeit":

„Den letzten Antrieb zu der Initiative, die England in Cannes ergriffen hat, ist nicht auf das Wirken Dr. Rathenaus zurückzuführen, sondern weit eher auf das Eingreifen anderer Persönlichkeiten, die vor ihm in London weilten und durch ihre Darlegungen die maßgebenden englischen Kreise von der Notwendigkeit einer Revision der Entschädigungspolitik überzeugten."

Mit den anderen Persönlichkeiten meint „Die Zeit" ihren Stinnes. Das ist nur noch zum lachen. Swineegel Stinnes ruft: Ich bin schon da!

*

Worin der Fortschritt der Dinge besteht, legt die „Germania" dar. Das Blatt schreibt:

„Die Staatsmänner der Alliierten konnten nicht länger daran vorübergehen, und nun sitzen sie in Cannes beisammen, um zu beraten, welche Folgerungen die Politik aus den wirtschaftlichen Erkenntnissen zu ziehen hat. Wenn für die Klärung dieser Frage jetzt eine deutsche Delegation herangezogen werden soll, so dürfen wir das vielleicht als einen ersten Fortschritt gegenüber dem Modus einseitigen Diktats ansehen und wir hoffen, daß nur die wirtschaftliche Vernunft, die ruhige Erwägung der wirtschaftlichen Tatsachen die zu fällende Entscheidung begründen wird. Aber wir dürfen unsere Erwartungen nicht zu hoch spannen. Von unserer Seite kann nach draußen einstweilen nichts weiter geschehen, als daß wir mit ruhiger Objektivität die Tatsachen klarzustellen versuchen und dann abwarten, wie die politische Atmosphäre sich im Laufe dieser Woche weiter entwickeln wird."

Das ist richtig. Die Wendung der Dinge besteht vor allem in einer Aenderung der Methode der Behandlung Deutschlands und der Wiedergutmachungsfrage. An die Stelle des unumstößlichen Diktats ist die Debatte über den Umfang der Reparationsleistung getreten, an der deutsche Vertreter teilnehmen. Mag den Staatsmännern der Entente die Einsicht, daß es mit der Methode des Diktats und der Gewalt nicht geht, auch spät und unter dem Druck der eigenen wirtschaftlichen Misere gekommen sein, fest steht, daß diese Veränderung der Gesinnung ohne den Versuch und den Willen zur Erfüllung nicht eingetreten wäre. Nicht eingetreten wäre, ohne die Innehaltung jener politischen Linie, die unsere Partei von vornherein als die für Deutschland in der gegenwärtigen internationalen Situation einzig denkbare hingestellt hat. Sie hat ihren Ausgangspunkt nicht erst bei der nach vielem Wenn und Aber erfolgten Annahme des Londoner Ultimatums, sondern bereits bei der Annahme des Friedensvertrages, für die die U. S. P. gleichfalls von vornherein eingetreten ist. Und wenn es zum Londoner Ultimatum und zu anderen Gewaltanwendungen kam, so eben nur darum, weil sich die bis dahin am Ruder befindlichen Reichsregierungen nicht zu einer aufrichtigen Erfüllungspolitik, nicht zur Einhaltung jener politischen Linie bequemen konnten, sondern nach nutzlosen „Protesten" die Luft erschütterten.

Und darum ist es ein Zeichen von Vernunft auch auf deutscher Seite, wenn die „Germania" schreibt, wir können nichts tun, als die Dinge darlegen, wie sie sind, und im übrigen abwarten. Hoffentlich bleibt es dabei.

Der Staat im Staate

Wie schlimm es in politischer Beziehung in Ostpreußen aussieht, wie groß die Gefahr ist, die daraus der Republik erwächst, davon gibt die nachstehende Zuschrift eines Ostpreußen an die „Welt am Montag" Kunde:

„Wer an Altem, Verblichenem und Verbrauchtem hängt, wer lieber im Tal und in der Tiefe als auf der Höhe lebt, muß nicht notwendigerweise die hassen, die Wertloses von sich werfen und aus der Niederung bergan streben. Das tut man in Ostpreußen. Die Reaktion reicht in alle Schichten der Bevölkerung und ihre Wurzeln sind weit verzweigt im Lande. Die „Herrers" haben es hier immer leicht gehabt, das „Volk" zu verführen und auf ihre dunklen Wege zu treiben. Was auch immer geschah in der Welt, wann und wo sie auch immer Morgenluft witterten, und sie haben verdammt feine Riechorgane, die reaktionären ostpreußischen „Herrers", gleich waren sie bei der Hand und riefen: Helft! helft! Dein Haus brennt, Jochem Abrumeit! Und dir, Hannes Plischkeit, gönnen sie nicht den vergoldeten Knauf deines Kirchturms. Immer noch wußten sie es so zu drehen und zu deuteln, daß alles Neue den braven ostpreußischen Bürgern zu blank schien und sie blendete und als Gefahr galt für die Provinz. Als die Revolution kam, hörte man von den ostpreußischen Helden und „Herrers" nichts. Bald aber hoben sie das Haupt wieder hoch und waren so stark und so stolz wie zuvor. Sie waren neidisch auf Bayern und wurden gefoltert von der Sehnsucht, daß es in Ostpreußen ebenfalls so finster werde wie in Bayern. Den Höhepunkt erreichte dieses reaktionäre Treiben mit der Königsberger Tannenberg-Feier, mit allem Klimbim und dem Klappern aller Orden, mit Aufmarsch der republikanischen Reichswehr und der Matrosen, die von Swinemünde nach Königsberg zu dem Rummel gerudert waren, mit Nagelung und Weihe der Fahnen, mit Vorbeimarsch der Kriegervereine und mit Ludendorff! Er! Heute hofft man immer wieder auf eine allgemeine Verwirrung bei jeder Kabinettsbildung in Preußen und im Reich. Was aber lauert hinter dem Hoffen dieser „Herrers"? Wollen sie die Regierung stürzen und die Republik niederringen? O nein. Sie wollen zunächst mal „ihre" Beamten, „ihren" Oberpräsidenten, „ihre" Regierungspräsidenten und vor allem „ihre Landräte", die die besten Schrittmacher für die Reaktion waren und „lästige" Elemente mit bewundernswürdiger Geschicklichkeit und Schnelligkeit aus dem Kreis abschoben. Deutschnational müssen diese Beamten sein. Geht es indessen nicht ganz nach deutschnationalem Kurs, na dann in Gottes Namen nimmt man auch ein paar von der Deutschen Volkspartei mit in Kauf. Ist dieses Ziel erst mal erreicht, dann regiert man unbeschränkt zunächst in Ostpreußen. Waffen, die man ja zum Regieren braucht, besitzt man genug. Und dann? Ja, dann bedroht man das Reich, und keine Regierung wird mit Erfolg dagegen ankämpfen können, denn reaktionär sind die Kerle hier alle bis auf die Knochen. Auf den Straßen und in den Wirtshäusern hört man sie sich unterhalten: „Wenn man erst wedder de Herrers an de Regierung kamen, und de Schausters, de da setten und nusset verstahn, ruterschmeißen, da wird's auch for uns beter!" — Diagnose: hoffnungslos."

Allerdings hoffnungslos, wenn die preußische und die deutsche Regierung ihre bisherige Politik des Gehenlassens gegenüber allen reaktionären Treibereien fortsetzt. Keineswegs aber hoffnungslos, wenn die Severing und Braun, die Köster und Wirth den Reaktionären endlich die Faust zeigen würden.

Hungerstreik

In Rußland und Deutschland

Die „Rote Fahne" berichtet über einen neuen Hungerstreik in Lichtenburg. Der Hungerstreik sei ausgebrochen, weil die Unterzeichner eines kürzlich von der „Roten Fahne" veröffentlichten Aufrufes disziplinarischen Maßregeln unterworfen worden seien. Ferner wird der „Roten Fahne" mitgeteilt, daß am 6. Januar verschiedene Kommunisten aus Lichtenburg abtransportiert worden sind, „ohne daß es bisher möglich war zu erfahren, wohin man die Opfer des weißen Schreckens verschleppt hat". Die „Rote Fahne" fordert, daß die zuständigen Stellen sich über die Vorgänge äußern. Sie begründet ihre Forderung indes auf eine merkwürdige Weise. Das Blatt schreibt:

„Wenn revolutionären Proletariern, die der Weißen Justiz des kapitalistischen Staates in die Klauen gefallen sind, auf solch schamlose Weise mitgespielt wird, dann kann man sich nicht wundern, daß das siegreiche Proletariat seine früheren Bedränger und deren verräterische Helfershelfer ebenfalls nicht mit Samthandschuhen anfaßt. Die gesamte bürgerliche Presse und besonders natürlich die sozialdemokratischen Herrschaften brüllen gerade jetzt darüber, daß die Sowjetregierung Gefangene nach Turkestan schicken will, weil dort allein ihre Ernährung ausreichend gewährleistet ist. Solange in Deutschland Arbeiter, die nichts verbrochen haben, in den Zuchthäusern gequält werden, sollten die Preß-Mameluken der weißen Henker mit ihrer gemachten Entrüstung über das Vorgehen unserer russischen Genossen schweigen. Erst wenn eine allgemeine Amnestie in Deutschland ergangen ist, kann man gleiches von einer gefestigten und allgemein anerkannten Sowjetregierung verlangen!"

Soviel Dummheit ist uns auf einem Fleck noch nicht begegnet. Die „Rote Fahne" darf nicht überrascht sein, wenn die bürgerliche Presse ihr antwortet, daß umgekehrt ein Schuh daraus wird. Erst wenn die angeblich proletarische Sowjetrepublik, wird sie erklären, ihre politischen Gefangenen anständig behandelt oder amnestiert, erst dann haben die deutschen Gesinnungsgenossen der in Rußland herrschenden Partei ein Recht darauf, den Anspruch auf Amnestie für die deutschen politischen Gefangenen zu erheben. Es ist zweifellos, daß die Behandlung der Gefangenen in Rußland — von dem beschämenden Umstand, daß Kommunisten Vertreter einer anderen sozialistischen Partei überhaupt eingesperrt halten, gar nicht zu reden — ein erhebliches Hindernis für die Erlangung einer Amnestie für die politischen Gefangenen in Deutschland darstellt.

Das blödeste aber, was die „Rote Fahne" zu verzapfen vermochte, ist in dem ersten Absatz des obigen Zitates enthalten. Danach erscheint es so, als wenn die russische Tscheka-Justiz eine Art Racheakt für die Behandlung der politischen Gefangenen in Deutschland darstellt. Die politischen Gefangenen in Deutschland werden, wenn sie sich der Kommunisten und ihres Eintretens für sie erinnern, mit Entsetzen ausrufen: Gott behüte uns vor unseren Freunden!

*

Eine Berliner Korrespondenz berichtet über Vorgänge in der Strafanstalt Sonnenburg, die mit dem, was die „Rote Fahne" erfahren hat, identisch sein dürften. Nach diesem Bericht sind fünf Gefangene von Lichtenburg nach Sonnenburg überführt worden, weil sie noch immer geregelte Nahrungsaufnahme verweigern. Die Ueberführung erfolgte, um die Gefangenen auseinanderzulegen. Bei der Ankunft in Sonnenburg hielten sich die fünf Kommunisten jedoch an den Händen fest und verlangten in einer gemeinsamen Zelle untergebracht zu werden. Diese Forderung wurde von der Leitung der Sonnenburger Strafanstalt abgelehnt, und die Beamten mußten schließlich Gewalt anwenden, um die widerstrebenden Gefangenen in ihre Zellen zu transportieren. Die fünf Kommunisten behaupteten nunmehr, daß sie von den Anstaltsaufsehern in rohester Weise mißhandelt worden seien und wandten sich telegraphisch an die Kommunistische Partei. Mit Genehmigung des Justizministeriums fuhr daraufhin Justizrat Broh-Berlin nach Sonnenburg, der jedoch lediglich feststellen konnte, daß einer der Kommunisten Schrammen im Gesicht hatte. Bei den übrigen waren Spuren irgendwelcher Mißhandlungen nicht festzustellen. Trotzdem traten die übrigen Insassen der Strafanstalt, etwa 400 Gefangene, in einen Arbeitsstreik und erklärten, daß sie solange jede Arbeit verweigerten, bis derjenige Beamte, der die fünf Lichtenburger Kommunisten besonders schwer mißhandelt haben sollte, der Hauptwachmeister Schulz, aus dem Dienst entfernt sei. Da gütliches Zureden durch den Leiter der Strafanstalt Sonnenburg nichts fruchtete, wurde erster Staatsanwalt Voigt im Auftrage des Generalstaatsanwaltes mit einer Untersuchung dieser Angelegenheit betraut und fuhr am Sonnabend abend nach Sonnenburg. Die dortigen Ermittlungen ergaben die völlige Haltlosigkeit der Behauptungen der Gefangenen, so daß am Montag ein Teil der übrigen Gefangenen die vorgeschriebene Arbeit in der Strafanstalt wieder aufgenommen hat.

Wir können nicht prüfen, ob dieser Bericht der lokalen Korrespondenz den Tatsachen entspricht. Auf jeden Fall fordern wir, daß sich der Justizminister sofort selbst zu der Angelegenheit äußert und außerdem den Parlamentariern Gelegenheit zu einem Einblick in die Vorgänge in Sonnenburg gibt, die mit der Untersuchung der Lichtenburger Affäre betraut waren.

Die Moskauer Tragödie

Von der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wird uns geschrieben:

Bevor noch etwas über einen Hungerstreik in dem Gefängnis von Moskau bekannt war, wußten schon die sozialdemokratischen Organisationen in Rußland, daß die Lebensverhältnisse in den Gefängnissen zu einem scharfen Konflikt führen mußten. Zur Vorgeschichte dieses großen Hungerstreikes ist es von großem Interesse, daran zu erinnern, daß bereits im Oktober vorigen Jahres der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sich genötigt sah, ein besonderes Schreiben an das Zentralexekutiv-Komitee der Sowjetrepublik zu richten, in dem es u. a. heißt:

„Die hygienischen Verhältnisse in den Gefängnissen sind äußerst schlecht, die Verpflegung steht unter allen minimalen Hungernormen. In den letzten fünf Monaten hat sich der Gesundheitszustand der meisten Inhaftierten außerordentlich verschlechtert. Im Gefängnis zu Wladimir z. B., wo eine größere Anzahl Sozialdemokraten inhaftiert sind, ist die große Mehrzahl erkrankt, und Symptome der Lungentuberkulose sind zur allgemeinen Erscheinung geworden. Viele leiden an heftigster Blutarmut, alte Krankheiten, die sich viele in den Zarengefängnissen zugezogen haben, sind wieder in Erscheinung getreten. In Orel hat sich ein besonders grausames Gefängnisregime herausgebildet; die Schildwachen schießen vom Hofe in die Fenster der Gefängniszellen . . . .

In den letzten Monaten hat sich zu diesen Verhältnissen noch die Kälte hinzugesellt. In vielen Gefängnissen besteht kaum eine Hoffnung auf Besserung, weil Heizmaterial fehlt. Die Wintermonate bedrohen daher viele Genossen, die früher schon erkrankt waren, mit dem Tode. Das Präsidium des Vollzugsausschusses kennt alle diese Verhältnisse ganz genau. Trotzdem hat es bisher gegen dieses System der physischen Vernichtung der Gefangenen nichts unternommen."

Auf dieses Schreiben des Sozialdemokratischen Parteivorstandes hat das Exekutiv-Komitee keine Antwort erteilt und die Lebensverhältnisse in den Gefängnissen sind nicht im geringsten besser geworden. Am 8. Dezember richtete der Parteivorstand wieder ein Schreiben an das Exekutivkomitee, in dem es heißt:

„Jetzt sollen viele Genossen nach langer Haft nach Taschkant (Turkestan) verbannt werden, ohne daß irgendeine Anklage gegen sie erhoben wurde, ohne Voruntersuchung und ohne Gerichtsurteil. Die schlimmste Form der politischen Kampfmittel des alten Zarismus tritt nun in verstärktem Maße gegenüber Sozialisten und Revolutionären in die Erscheinung. Hierbei wird aber im Gegensatz zu den früheren Zeiten bestimmt, daß die verbannten Genossen sich auch im Verbannungsort nicht frei bewegen dürfen, sondern z. T. im Gefängnis bleiben müssen. Es sind aber nicht nur die „Verbrechen" unbekannt, die unseren Genossen zur Last gelegt werden, es ist auch völlig unbegreiflich, warum gerade diese Gruppe Sozialdemokraten verbannt werden soll. Das Zentralkomitee erklärt hiermit ganz entschieden, daß alle Parteimitglieder für die Politik der Partei die gleiche Verantwortung tragen, sowohl die, die sich noch in Freiheit befinden wie auch die, die in den Gefängnissen schmachten. Das Zentralkomitee protestiert entschieden gegen dieses ganze terroristische System, das jetzt zur allgemeinen Anwendung gebracht wird."

Auch auf dieses Schreiben wurde keine Antwort erteilt. Die Verbannung nach den entlegensten Gebieten wurde aber von den Behörden endgültig beschlossen. Es ist klar, daß es unter diesen Verhältnissen zu einem Konflikt kommen mußte. Der jetzt ausgebrochene Hungerstreik ist also geradezu provoziert worden.

Bayern und die Eisenbahn

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 9. Januar.

Das Eisenbahnfinanzgesetz stößt in der veröffentlichten Fassung bei den rechtsgerichteten Kreisen Bayerns auf lebhaften Widerstand. Insbesondere wird behauptet, daß der zwischen dem Reich und den Gliedstaaten bei Uebernahme der Eisenbahn geschlossene Vertrag im Falle der Annahme des Gesetzes nicht durchgeführt werden könne. Denn dieser Vertrag sehe eine weitgehende Dezentralisierung vor. Ferner befürchtet man einen weitgehenden Einfluß der Gewerkschaften auf die Verwaltung. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" kleiden die Befürchtung in die Frage: Sollte nicht auf diesem Umwege eine soziale Entstaatlichung der Reichseisenbahn in die Wege geleitet werden? Abgeordneter Held, der Führer der Bayrischen Volkspartei, wendet sich in der letzten Sitzung des Landeseisenbahnrats gegen die beabsichtigte Ausschaltung der Länder, insbesondere gegen das Verschwinden des Landeseisenbahnrats. Auch der Reichstag werde ausgeschaltet. Hierzu muß bemerkt werden, daß Held bei Gründung der Donau-Main-Gesellschaft die Ausschaltung des Reichstags lebhaft betrieben hat. Staatssekretär Frank vertrat den Standpunkt, daß der Landeseisenbahnrat abgetan sei und ohne Genehmigung des Reichsverkehrsministeriums nicht mehr einberufen werden könne. Die „Bayrische Staatszeitung" teilt in der Nummer vom 7. Januar mit, daß sich auch die bayrische Regierung mit dem Entwurf des Reichseisenbahnfinanzgesetzes beschäftigt habe.

Maßregelungen bei der Eisenbahn?

Die „Tägliche Rundschau" berichtet:

„Zu der Nachricht aus Essen, daß dort und im Elberfelder Direktionsbezirk neue Krisenstimmung unter den Eisenbahnern herrsche, erfahren wir, daß in der Tat unter dem Teil der Arbeiterschaft starke Mißstimmung herrscht, da zahlreiche Eisenbahner, die als Führer im letzten Streik aufgetreten sind, jetzt ihre Entlassung erhalten haben, während gegen die wenigen Beamten, die sich überhaupt beteiligten, Disziplinarverfahren eingeleitet worden sind. Von der Entlassung sind diejenigen Eisenbahner betroffen worden, die sich aktiv am Streik beteiligt und zwar zur Niederlegung der Arbeit aufgefordert oder andere an der Ausübung des Dienstes verhindert haben. Dagegen wird gegen diejenigen, die sich lediglich an Abstimmungen beteiligt haben, nicht vorgegangen werden."

*

Es ist zwar seltsam, daß gerade die „Tägliche Rundschau" von solchen Dingen zu erzählen weiß, die — aus sehr durchsichtigen Gründen — ein Interesse an „Krisenstimmungen" unter den Eisenbahnern hat. Immerhin halten wir es für dringend notwendig, daß der Eisenbahnminister den Dingen nachgeht und sich sofort zu der Behauptung des Blattes, daß die Führer des Streiks gemaßregelt werden, äußert.

Die Verhandlungen mit den Beamten. Am Dienstag werden die Besprechungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Beamten und Staatsarbeiter im Finanzministerium fortgesetzt werden. Am heutigen Montag treten die Finanzminister der Länder im Reichsfinanzministerium zusammen, um über die Forderungen der Beamten zu verhandeln. Inzwischen sind bereits Besprechungen mit den Vertretern der Kommunalbehörden vorausgegangen, und erst nach Abschluß aller schwebenden Verhandlungen wird es möglich sein, mit den Beamten zu bestimmten Vereinbarungen zu kommen. Allerdings wird der Reichsfinanzminister nicht mehr wie bisher selbständig Abschlüsse mit den Beamtenorganisationen vornehmen, sondern dem Reichstag die letzte Entscheidung überlassen.

Gewerbe- und Handelslehrer-Diensteinkommens-Gesetz. Der amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Das Reichsschiedsgericht hat am 4. Januar über den auf Grund des Sperrgesetzes erhobenen Einspruch des Reichsfinanzministers gegen die Besoldungsbestimmungen des Gewerbe- und Handelslehrer-Diensteinkommensgesetzes verhandelt und folgende Entscheidung getroffen: Der Einspruch gegen die Eingruppierung der Gewerbe- und Handelslehrer, der Handelslehrerinnen sowie der Leiter und Leiterinnen wird zurückgewiesen. Die Gewerbelehrerinnen erhalten Eingangsstellung in Gruppe 8 mit Aufrückmöglichkeit nach 9.

Der Elberfelder Aktendiebstahl. In der Presse ist bei Erörterung eines Aktendiebstahls im Landgerichtsgebäude in Elberfeld die Vermutung ausgesprochen worden, daß bei dieser Gelegenheit die Akten betreffend das Strafverfahren gegen den deutschnationalen Abgeordneten van den Kerkhoff gestohlen seien. Diese Vermutung ist, wie die „V. P. N." an zuständiger Stelle hören, unzutreffend.

Morgen, Mittwoch, Zahlabend in Groß-Berlin

Die Kartoffelpreise

Wolffs Bureau meldet: Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt:

Die V. P. N. verbreiten die Nachricht, daß mit einer merklichen Steigerung der Kartoffelpreise zu rechnen sei, da in den nächsten Tagen bereits eine Erhöhung der vom Reichsministerium festgesetzten Richtpreise für Kartoffeln um 10 M. pro Zentner erfolgen solle.

Diese Nachricht, die geeignet ist, in Konsumentenkreisen berechtigte Erregung hervorzurufen, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Zunächst sei bemerkt, daß seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bisher Richtpreise nicht festgesetzt worden sind und auch in Zukunft eine solche Festsetzung nicht beabsichtigt ist.

In einem Rundschreiben vom 26. November 1921 hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft den Ländern empfohlen, örtliche Kommissionen zur Ermittlung von Angemessenheitspreisen für Kartoffeln einzusetzen, die paritätisch aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Konsumenten zusammengesetzt sein sollen. Als Schulbeispiel für die Berechnung der Kartoffelpreise wurde in diesem Rundschreiben ein Preis von 70 M. für den Zentner empfohlen, der von dem Ende September durch die Notierungskommission ermittelten Preis von 45—50 M. ausgeht und im übrigen der seit dieser Zeit eingetretenen Geldentwertung und Verteuerung der Lebenshaltung Rechnung trägt. Trotzdem haben die örtlichen Kommissionen in den meisten Bezirken diesen Preis von 70 M. noch erhöht. Nach Ansicht des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft liegt daher zur Zeit zu einer weiteren Erhöhung der Erzeugerpreise in den einzelnen Bezirken keine Veranlassung vor. In den bisher gepflogenen Verhandlungen ist stets seitens des Ministeriums der Landwirtschaft gegenüber mit Nachdruck betont worden, daß die Preise für die wichtigsten Lebensmittel in Grenzen gehalten werden müssen, die noch für die Konsumenten erträglich sind, und daß die Landwirtschaft mit Rücksicht auf ihren eigenen Betrieb ein Interesse daran habe, daß diese Grenze nicht überschritten wird. Eine vollständige und rücksichtslose Ausnutzung der Preiskonjunktur schädigt letzten Endes die richtig verstandenen Interessen der Landwirtschaft selbst.

Herr Hermes hat also keine Richtpreise festgesetzt und sie mithin auch nicht erhöht. Er empfiehlt der Landwirtschaft, sie möge sich in der Ausnutzung der Konjunktur Zurückhaltung auferlegen. Wie wir sie kennen, werden die Agrarier auf solche guten Ratschläge pfeifen, denn sie sind vom Stamme Nimm. Sie werden nicht versäumen, in den örtlichen Kommissionen, die auf Veranlassung des Herrn Hermes zur Festsetzung von Angemessenheitspreisen eingesetzt worden sind und in denen die agrarischen Interessenten natürlich entscheidend vertreten sind, diese Preise so zu gestalten, daß sie dem Wucherbedürfnis der Agrarier „angemessen" sind. Wie lange es bei dieser Einrichtung noch dauert, bis die Kartoffelpreise, die von den V. P. N. vorausgeahnten Höhe von 140 bis 150 Mark für den Zentner erreicht haben — das wird Herr Hermes wohl in Seelenruhe abwarten. In der Bevölkerung aber ist in der Tat „berechtigte Erregung" eingetreten, denn sie weiß seit langem, daß sie den Beschwichtigungen und Voraussagen des Reichsernährungsministeriums keinen Glauben mehrschenken kann.

Die V. P. N. bemerken zu der Berichtigung des Reichsernährungsministers:

„Im Interesse der Konsumenten können wir nur den Wunsch aussprechen, daß die Ansicht des Reichsernährungsministers in der Frage der Preisbildung für Kartoffeln obsiegt gegenüber unseren aus sehr guter Quelle stammenden Nachricht. Leider haben die deutschen Verbraucherkreise immer und immer wieder erleben müssen, daß das Reichsernährungsministerium dem Drucke der Landwirtschaft nach Freigabe und Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte nicht den nötigen Widerstand entgegengesetzt hat. Und daß es sich auch diesmal wiederum um ein Drängen vor allem der pommerschen Landwirtschaft handelt, haben die V. P. N. ausdrücklich betont, — die Rechtspresse hat zwar diesen Teil unserer Meldung einmütig unterdrückt. Gerade heute ist unter Berufung auf die Geldentwertung eine Erhöhung der Kartoffelpreise gegenüber dem November keineswegs gerechtfertigt. Die Mark steht heute ganz erheblich besser als Ende November, wo der Dollar um 300 stand und das Rundschreiben des Ernährungsministeriums „als Schulbeispiel" 70 M. empfohlen hat. Die Verteuerung der Lebenshaltung trifft andererseits die Landwirtschaft am geringsten. Nochmals, wir wollen abwarten, ob das Reichsernährungsministerium der Landwirtschaft gegenüber seine Auffassung über die Kartoffelpreisbildung behauptet und durchsetzt."

Die Papiernot

Wolffs Bureau teilt mit: Im Reichsverkehrsministerium fand gestern auf Veranlassung der Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger eine Besprechung über die Sicherung der Versorgung der Presse mit Zeitungspapier statt. Unter Vorsitz des Geheimrats Weyrauch wurde in eingehender Aussprache die augenblickliche Lage der Versorgung der Zeitungen dargelegt. Der Vorsitzende gab im Auftrage des Ministers bekannt, daß vom Reichsverkehrsministerium aus die nachgeordneten Stellen angewiesen seien 1. unter allen Umständen die nötige Zahl an Waggons zum Transport von Zeitungsdruckpapier zu stellen, 2. daß im Notfalle unbedingt Zeitungsdruckpapier in Eilgüterzügen zu befördern sei, 3. daß telegraphische Vormeldung an die Empfangsstationen stattfinden solle.

Ferner gab der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums der Bereitwilligkeit Ausdruck, den Eisenbahndirektionen zu empfehlen, im Falle von Verhängung von Sperren eine Ausnahme für Zeitungsdruckpapier eintreten zu lassen. Der Vorsitzende wies besonders auf die Notwendigkeit der Bevorratung von Zeitungsdruckpapier an den Verbrauchszentren hin und stellte dabei die Beihilfe des Reichsverkehrsministeriums in bezug auf Stellung von Waggons in Aussicht. Außerdem sagte er die Stellung von Sonderwagen zu, soweit der Verkehr zwischen den Zellstoffabriken und den Druckpapierfabriken sicherzustellen sei.

Die Besteuerung des Tabaks

Die Gesetzesmaschine arbeitet mit Hochdruck, um alle Lasten auf den Konsum der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen. Alles bisher dagewesene übertrifft jedoch einen Antrag, der Mitte Dezember im 35. Ausschuß des Reichstages angenommen wurde und der die Besteuerung des feingeschnittenen Zigarettentabaks betrifft. Bisher konnte sich nämlich ein Arbeiter eine Zigarette selbst drehen und kam dabei um einige Pfennige billiger weg. Dies ließ jedoch die Zigarettengroßindustrie nicht ruhen und sie erreichte, daß von dem Zentrumsabgeordneten v. Guérard ein Antrag eingebracht wurde, der eine geradezu ungeheuerliche Besteuerung des billigsten Zigarettentabaks vorsieht.

Nach dem Antrag würde ein Kilogramm Zigarettentabak im Kleinverkaufspreis von 100 Mark, 48 Mark Steuer kosten und hierzu kommt noch ein Gewichtszoll, der gegenwärtig 24 Mark beträgt, so daß sich die unglaubliche Belastung von 72 Prozent ergibt und zwar ohne Umsatz- und sonstige Steuern. Eine Luxuszigarette von 2 Mark soll dagegen nur mit 40 Prozent Steuer belastet werden, während der Gewichtszoll für den Rohtabak bei einer solchen Zigarette nur zirka 1 Prozent ausmacht.

Der Arbeiter, der sich selbst eine Zigarette drehen will, soll also prozentual das Doppelte an Steuern zahlen wie der Schieber, der eine 2-Mark-Zigarette raucht. Aber auch die „billige" 50-Pfg.-Zigarette ist nach der neuen Verfassung des Gesetzes viel geringer besteuert wie der Tabak in der gleichen Preislage — nur damit die Selbstherstellung von Zigaretten verhindert wird und immer mehr Raucher der Zigarettengroßindustrie, die 94 Prozent der Gesamtherstellung erfaßt, tributpflichtig werden.

Die Kohlennot der Eisenbahn

Beschlagnahme von Kohlenvorräten in privatem Besitz

Berlin, 8. Januar.

Die Kohlenbestände der Eisenbahn sind, da die täglichen Zufuhren hinter dem notwendigsten Verbrauch zurückblieben, an einzelnen Stellen so gering geworden, daß Betriebseinstellungen zu befürchten sind. Aus diesem Grund: hat der Reichsverkehrsminister mit Zustimmung des Reichskohlenkommissars die Eisenbahndirektionspräsidenten bevollmächtigt, auf bestimmten Stationen abgestellte oder rollende Kohlensendungen, die für private Empfänger im eigenen Bezirk bestimmt sind, zu beschlagnahmen. Von dieser Anordnung wird nur an den Stellen Gebrauch gemacht werden, wo die äußerste Notlage besteht, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Maßnahme, die auf die Zeit bis zum 10. Januar beschränkt ist, wird nur im Benehmen mit der zuständigen Kohlenwirtschaftsstelle angewandt und bezieht sich nicht auf Brennstoffe für die öffentlichen Betriebe — Gas- und Elektrizitätswerke. Außerdem wird der Versender in jedem einzelnen Fall von einer derartigen Beschlagnahme sofort benachrichtigt. Wie sich schon bei der gleichen letzten Maßnahme im Dezember zeigte, haben die Direktionen von dieser Vollmacht nur im äußersten Notfalle Gebrauch gemacht, sie ist aber unbedingt nötig, um Stillegungen zu vermeiden.

Die Mais-Liebesgabe

Im Jahre 1921 hat der Reichstag 2,4 Milliarden Mark für die verbilligte Abgabe von Mais an die Landwirtschaft bewilligt. Damit sollte nach den Angaben des Ernährungsministeriums die Verfütterung von Brotgetreide verhindert und die Vermehrung des Viehbestandes erzielt werden. Beides ist nicht erreicht worden, so daß dieser ungeheure Betrag nahezu nutzlos vergeudet wurde.

Nur ein kleiner Teil der Maismenge ist zur Viehfütterung verwendet worden. Ein wesentlich größerer Teil wanderte in die Brennereien und hat dazu beigetragen, daß die Branntweinerzeugung so gewaltig gesteigert worden ist, daß das Branntweinmonopolamt Ende des Jahres über einen Bestand von mehr als 1,5 Millionen Hektolitern Spiritus verfügte.

Wie jetzt aus einer vor einigen Tagen im Handelsteil des „Berliner Tageblattes" erschienen Zuschrift aus den Kreisen des Handels hervorgeht, hat das Reich aber noch nicht diejenige Menge Mais geliefert, für die Bezugsscheine ausgestellt worden sind. Man hatte eben den Landwirten ein weit größeres Bezugsrecht auf Mais eingeräumt, als es ihrer tatsächlichen Ablieferungspflicht an Brotgetreide entsprach. Die ungeheuerlichsten Betrügereien sind dabei vorgekommen, ohne daß die Regierung bisher ihre Versprechungen zu rücksichtslosem Einschreiten gegen diese Betrügereien irgendwie wahrgemacht hätte.

Jetzt aber erheben die Händler, an die die Landwirte ihre Bezugsscheine mit erheblichem Gewinn verkauft haben, großes Geschrei darüber, daß sie ohne Lieferungen von Mais bleiben. Weshalb der Mais nicht geliefert wurde, geht aus der folgenden Stelle dieser Zuschrift hervor:

„Der einzige plausible Grund ist, daß das Reich wohl die erforderlichen Maismengen im Auslande angekauft hat, nicht aber die zur Einfuhr notwendigen Devisen. Die Eindeckung der letzteren zu den gegenwärtigen Kursen würde für das Reich einen Milliardenverlust bedeuten, der durch den vom Reichstag im Februar bewilligten Kredit bei weitem nicht gedeckt ist. Die verantwortlichen Stellen möchten mit einer derartigen Nachtragsforderung an den Reichstag nicht gern herantreten, weil sie die dann sicherlich einsetzende, durchaus berechtigte Kritik scheuen. Deshalb zieht man die gutgläubigen Erwerber der Maisbezugsscheine an der Nase herum und versucht, sie mit Redensarten abzuspeisen."

Danach also ist die Maisliebesgabe noch ungeheuerlicher, als man bisher annehmen konnte. Ungeheuerlich aber auch die Verantwortungslosigkeit, mit der die maßgebenden Stellen, das ist vor allem der Reichsernährungsminister Hermes, das Reich geschädigt haben. Wenn die Zuschrift des Handels verlangt, daß das Ernährungsministerium endlich seine Karten aufdeckt und eine Erklärung über diese Zustände abgibt, so können wir uns diesem Verlangen nur durchaus anschließen. Allerdings verfolgen wir damit ganz andere Zwecke als der Handel. Wir wollen, daß dieser Augiasstall der Vergeudung von Reichsmitteln in einer Zeit der schwersten Notlage des Reiches diejenige öffentliche Kritik erfährt, die ihre Urheber ein für allemal von ihren Posten entfernt.

Die Miesbacher Pest

Sie ähnelt der Grippe, denn sie verbreitet sich mit rasender Geschwindigkeit weithin über das Land. Nachdem Berlin seinen Miesbacher bekommen hat, wird nun auch das „geistige Leben" Hamburgs durch einen solchen bereichert. Dort segelt die Miesbacherin unter dem Namen „Reichsflagge". Auf welch vornehmen Ton dieses Blatt gestimmt ist, möge man aus folgendem Auszug aus einer in der Nummer vom 6. Januar erschienenen Notiz ersehen:

„Welche Art von Geisteskrankheit, Verrücktheit oder geistiger Verfall hat denn nun eigentlich die Gewaltigen des Landes befallen, insbesondere Herrn Reichskanzler Wirth? Ein solcher Mann dürfte nicht 12 Stunden länger Kanzler sein. Er soll sich endlich davonmachen, dieser Unglückselige. Jetzt muß ja diese Ministergesellschaft überhaupt springen. Nach dem 15. Januar gibt es keinen dieser Leute mehr am Ruder."

An anderer Stelle schreibt das Blatt: „Gott erhalte Ebert, Wirth und Scheidemann, Erzberger hat er schon erhalten!"

Mit anderen Worten: hoffentlich findet sich bald ein deutschnationaler Heldenjüngling, der Wirth und den anderen das Schicksal Erzbergers bereitet.

Eine neue „Zentrale"

Nun sage noch einer, die Geister der Zentrale der K. P. D. seien unproduktiv und erschöpften sich in einfältigen Parolen! Wie schöpferisch dort gearbeitet wird, erhellt aus dem folgenden Rundschreiben, das die Zentrale der K. P. D. an sämtliche Institutionen, Abteilungen, Sekretariate, Bezirksleitungen und Ober-Bezirksleitungen gerichtet und das nach dem „Mitteilungsblatt der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft" folgenden Wortlaut hat:

„Kommunistische Partei Deutschlands.
(Sektion der Komm. Int.)

An alle Bezirke. Berlin C 54, den 28. Dezember 1921.
Rosenthaler Straße 38.

Werte Genossen!

Die Zentrale hat beschlossen, im Einverständnis mit sachverständigen Genossen, alte Briefmarken zu sammeln, weil dadurch die Partei Geld bekommen kann. Wir bitten Sie daher, Anordnungen zu treffen, daß von sämtlichen in Ihrem Sekretariat eingehenden Briefen die Marken gesammelt werden. Wir werden Ihnen später mitteilen, an welche Adresse diese Marken geschickt werden können.

Mit komm. Gruß
Die Zentrale der K. P. D.
J. A.: Pieck."

Damit haben die Kommunisten wenigstens ein Tätigkeitsfeld, auf dem sie kein Unheil für die Arbeiterbewegung anrichten können.

Achtung!

Zur Lohnbewegung der Angestellten im Einzelhandel

Für die Abstimmung in den einzelnen Betrieben über den Streik erfolgt direkte Parole durch den Zentralverband der Angestellten an die Funktionäre. Vorher sind keine Abstimmungen vorzunehmen.

Englische Sorgen

Aus London wird uns geschrieben:

Im britischen Reiche war um die Jahreswende von Friede wenig zu spüren. Aegypten droht ein zweites Irland zu werden, wozu namentlich die Militärbehörden, die dort herrschen, durch ihre sinnlosen Maßnahmen beitragen. Die Einkerkerung des nationalistischen Führers Zaglul Pascha, der allein noch in der Lage war, die Volksmassen zurückzuhalten, hat im ganzen Land die größte Erregung hervorgerufen, die sich in blutigen Zusammenstößen zwischen den englischen Truppen und den unbewaffneten Volkshaufen äußerte. Es gab zahlreiche Verletzte, und die Wirkungen dieser Kämpfe sind noch nicht abzusehen.

In Indien machen die zahlreichen Verhaftungen es dem Nationalistenführer Gandhi, der, ebenso wie Zaglul Pascha, die empörten Massen zurückgehalten hat, immer schwieriger, seine Anhängerschaft zu zügeln. Die krampfhaften Versuche der englischen Behörden, die indische Bevölkerung zu einer Bewillkommnung des nach Indien gereisten Prinzen von Wales zu veranlassen, haben nur dazu geführt, daß jetzt die Gefängnisse mit Demonstranten gegen den Prinzen und gegen England gefüllt sind. Die indische Nationalversammlung, die bisher immer einen mäßigen Einfluß ausgeübt hat, schwebt in ständiger Gefahr, durch die englischen Behörden auseinandergejagt zu werden. Gerade deshalb ist auch die erhoffte Konferenz zwischen dem Vizekönig von Indien und indischen Führern nicht zustande gekommen. Beide Seiten sind mißtrauisch.

Die Lage in Irland ist ebenfalls noch nicht völlig geklärt, kurz, das neue Jahr beginnt mit trüben Ausblicken, namentlich auch soweit die Wirtschaftslage in England selbst in Betracht kommt.

London, 8. Januar. (Reuter.)

Die Abstimmung des Sinnfeinparlaments in Dublin über den englisch-irischen Vertrag, die eine Mehrheit von sieben Stimmen für den Vertrag ergab, fand unter großer Erregung statt. Der Sprecher teilte das Ergebnis zuerst in gälischer Sprache und dann in englischer Sprache mit. Die Kunde davon erreichte bald die vor dem Gebäude wartende Menge, die in große Beifallskundgebungen ausbrach. De Valera teilte dem Sinnfeinparlament formell seinen Rücktritt mit und erklärte, er werde heute eine Versammlung seiner Anhänger abhalten. Laut „Weekly Dispatch" würde Griffith, der Führer der Ratifikationspartei, de Valeras natürlicher Nachfolger werden.

Die Nachricht von dem Beschluß des Sinnfeinparlaments wurde in London, sobald sie in den großen politischen Klubs in den Theatern usw. bekannt wurde, mit großer Genugtuung aufgenommen. Man erwartet, daß die Bildung einer neuen irischen Regierung in einigen Tagen erfolgen werde. Die Presse teilt die allgemeine Zufriedenheit.

Kleine Nachrichten

Radek nicht in Berlin. Gegenüber Gerüchten, wonach Radek am 18. Dezember in Berlin gewesen und von da in einem französischen Auto nach der französischen Grenze gereist sei, haben, laut V. P. N., die amtlichen Stellen in Berlin jetzt festgestellt, daß Radek am gleichen Tage in Moskau eine Besprechung gehabt hat, wonach also die Haltlosigkeit des Gerüchtes erwiesen ist.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 9. bis 15. Januar 1922 unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 720 Mark für ein 20 Markstück, 360 Mark für ein 10 Markstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Der Prager „Sozialdemokrat" beschlagnahmt. Die heutige Ausgabe des „Sozialdemokrat", des Organs der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei, wurde wegen eines Artikels des Chefredakteurs der Wiener „Arbeiter-Zeitung", Friedrich Austerlitz, über den Munaprozeß beschlagnahmt.

Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nummer 1 des 8. Jahrgangs des „Sozialist", unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift hat folgenden Inhalt: Die geschichtliche Mission der U. S. P. Von Rud. Breitscheid. — Der zweite Parteitag von Leipzig. Von Eugen Prager. — Zur Frage des Agrarprogramms. Von Wilhelm Grumach. — Schwere soziale Kämpfe in der Tschechoslowakei. Von J. Belina. — Wirkungen der amerikanischen Konferenz über Arbeitslosigkeit. Von Edward Eyre Hunt. — Notizen. Bestellungen sind zu richten an den Verlag J. Breitscheid, Berlin W 15, Fasanenstraße 58 oder direkt an die Post. Preis des Einzelheftes 2,50 Mark.

INVENTUR-VERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

„Was wir bieten"

Zum Teil mit kleinen Fehlern

4 Waggons Emaille

Zum Teil mit kleinen Fehlern

darunter Schmortöpfe, Fleischtöpfe, Kasserollen, Wasserkessel, Bratpfannen usw.

Emaille-Schmortöpfe für Restaurants 30⁰⁰ 35⁰⁰ 39⁰⁰

Pfannen mit Stiel 1⁶⁵ 2²⁵ 2⁶⁵
Müllschaufeln ... 11⁵⁰
Wasserkannen 12⁵⁰ bis 16⁵⁰
Durchschläge ... 5⁵⁰ 7⁵⁰
Schaumlöffel ... 85 Pf.

Ein Posten Kohleneimer 29⁵⁰

Ein Posten Herdanzünder mit Feuerstein 1⁴⁵

Waschbecken Porzellanform, dek. 39⁰⁰
Wasserkrüge Porzellanform, dek. 24⁰⁰
Kohlenlöffel ... 1⁴⁵ 1⁶⁰
Eis. Kuchenpfannen 2²⁵ bis 4²⁵
Brotschneidemasch. 42⁵⁰

Emaille-Schmor- und Fleischtöpfe 6⁵⁰ 9⁵⁰ 11⁰⁰

Aluminium Mokkalöffel ... 65 Pf.
Aluminium-Kaffeelöffel 75 Pf. 1¹⁰
Aluminium-Esslöffel ... 1²⁵ 1⁸⁵
Aluminium-Essgabeln ... 1²⁵
Aluminium-Essmesser ... 7⁵
Aluminium-Saucenlöffel ... 4⁷⁵
Aluminium-Suppenschöpfer ... 9⁷⁵

Leibwärmer gute Ausführung ... 17⁵⁰
Wäscheklammern ... Schock 2⁷⁵
Quirlgarnituren ... 26⁵⁰

Ein Posten elektrische Plätten vernickelt, mit ca. 2 Meter langer Schnur und Stecker ... 65⁰⁰

Ein Posten Wandkaffeemühlen 24⁵⁰

Ein Posten Küchenmerktafeln 28⁵⁰

Ein Posten Gaskocher 2 Flammen nebeneinander ... 35⁰⁰

Waschfässer Zink, mit Holzboden ... 165⁰⁰ 225⁰⁰ 265⁵⁰

HERMANN TIETZ

Essbestecke m. Holzheften, Paar 9⁷⁵ 11⁵⁰
Essbestecke mit vernickelten Griffen ... Paar 16⁷⁵
Teeglashalter vernickelt ... 6⁷⁵ 10⁵⁰
Salz- und Pfefferstreuer ... 1⁴⁵
Schraubenzieher ... 1⁶³
Gasschnellheizer ... 95 Pf.
Eiserne Mörser ... 7⁵⁰ 9⁷⁵ 11⁵⁰

Fussabtreter zusammenlegbar ... 2⁸⁵
Handwaschbürsten ... 75 Pf.
Scheuerbürsten ... 1⁶⁵ 2²⁵

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ U. Masse Mensch

Komische Oper 7½ allabendlich 7½ Die große Ausstattungs-Operetten-Revue **Der Herr der Welt**

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7½ Uhr: Die Gezierten. Zerbrochene Krug

Staatstheater. Opernhaus 7½ Uhr: Mignon. Schauspielhaus 7½: Lumpazi Vagabundus

Walhalla-Theater 8 Uhr: **Jung muß man sein**

Theater i. d. Königgrätzer Str.: 7.30 Uhr: **Die Fahrt ins Blaue** (Gläßner, Richard, Engl, Prächl, Grieda, Bernburg)

81 Apollotheater 81 Friedrichstraße 218. Gr. Variété-Ausstattungsrevue **Rund um die Welt** Sensationen! Effekte! 5 große Ballette!

Komödienhaus: Allabendlich 7.30 Uhr: **Karussell** mit Maria Orska, Joh. Riemann, U. Alexander

Theater a. Kottbuser Tor. Tel.: Mpl. 16077. Tägl. 7½ U. u. Stg. nachm. 3 U. **...-Sänger ...ingen-Konz.** Vok. 11-1½, u. 4-6

Berliner Theater Täglich 7.30 Uhr: *Prinzessin Olala*

Residenz-Kasino Blumenstraße 10. **Das Paradies der Witwenbälle** Nur Rundtänze

Dir.: Max Reinhardt
Deutsches Theater 7½ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen
Kammerspiele 8 Uhr: Anatol
Großes Schauspielhaus Karlstraße 7½: Orpheus i. d. Unterwelt

7½ **Casino-Theater** 7½ Nur noch kurze Zeit **Der Weg zum Glück** Stg. 3½: Onkel Sammy

Theater am Nollendorfplatz 7 Uhr **Die Ehe im Kreise**

Metropol Varieté Behrenstraße 54. 7½ Uhr! **11 Attraktionen**

Wallner-Theater Täglich 7½ Uhr **Spitzenkönigin**

Circus Busch Tgl. 7½, Stg. auch 3 U. **Die Dressur der Massen** Das Pferdekarussell das Ind. Mangrelhaus. Die Schlange d. Durga. Vorv. Wertheim u. Circuskasse

Residenz-Theater 7½ Uhr **Das weite Land** Irene Triesch, Arnold Korff

Trianon-Theater Täglich 7½ Uhr: **Elga** v. Gerhart Hauptmann

Kleines Theater Täglich 7½ Uhr: **Jaqueline** Carola Toelle, Falkenstein

Tägl. 8 Uhr. Wintergarten **SCALA 14 Sensationen**

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ U.: Verlorenes Glück (Spreeathener)

Neue Welt A. Scholz, Hasenheide 108-14

Dienstag, den 10. Januar 1922 Elite-Tag

Bockbier-Fest in den bayr. Alpen
I. großes Schweineschlachten
8 Kapellen 30 bayr. Madl Anf. 7 Uhr

Jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Elite-Tag: Tanz

Großer Inventur-Verkauf in Herrenhüten
Wetterechte Ware zu äußerst billigen Preisen von 89.— M. an.
Velours von 139.— M. an.
Sämtliche moderne Formen am Lager. Fahrgeld wird vergütet.
Gebr. Wachtel, Hutfabrik Gleimstr. 46, Ecke Sonnenburger Str.

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Fächer usw. **Wolff,** Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstr.

Billig Röcke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider **STREHLOW** Treskowstr. 21 am Wörtherplatz.

Auf Teilzahlung sehr preiswert große Auswahl moderner Anzüge, Schlüpfer, Ulster, Paletots, Cutaways, gestr. Hosen, Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider, Röcke

H. Tyra & Co. Beusselstraße 20 **Bequeme Abzahlung**

Heine Reliquien Neue Briefe und Gedichte Heinrich Heines. Herausgegeben von Maxim. Frh. v. Heine-Geldern und Gustav Karpeles mit 5 Bildnissen und 5 Faksimiles. Ein 380 Seiten starker Ganzleinenband 30.— Mark. **Buchhdlg. „Freiheit"** Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Altmetalle zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1, Amt Humboldt 417

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rosenthalerstr. 22a, Nähe Rosenthalerplatz. Geöffnet 9—7.

Ein Erlebnisbuch fürs Proletariat ist soeben erschienen
Max Dortu
Wir Männer vom Steinbruch
Elegant kartoniert 10 Mark
Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2 — Breite Straße 8-9

Allgemeine Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend

Bekanntmachung!

Aus den erfolgten Wahlen zum Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend für die Wahlperiode 1922 — Ende des Jahres 1925 sind hervorgegangen als:

Vertreter der Arbeitgeber:

Vorstandsmitglieder:

1. Ernst Heinrich, Architekt, Berlin-Niederschöneweide, Brückenstr. 28/29.
2. Wilhelm Zabel, Abteilungsleiter, Berlin-Adlershof, Gemeinschaftsstr. 3.
3. August Greulich, Buchhalter, Berlin-Grünau, Lahmerstr. 14

Ersatzmänner:

4. Emil Winterfeld, Buchdruckereibesitzer, Berlin-Baumschulenweg, Kiefholzstr. 183.
5. Robert Gramenz, Heizungsspediteur, Berlin-Treptow, Kiefholzstr. 412.
6. Ernst Hansen, Direktor, Berlin-Niederschöneweide, Berliner Str. 129.
7. Max Lucke, Kaufmann, Berlin SO, Hoffmannstraße 15/16.
8. Fritz Wittig, Buchdruckereibesitzer, Berlin-Niederschöneweide, Hasselwerder Str. 3.
9. Karl Hillmer, Schlossermeister, Berlin-Adlershof, Bismarckstr. 6.

Vertreter der Versicherten:

Vorstandsmitglieder:

1. Max Knappe, Gewerkschaftsbeamter, Berlin NO, Allensteiner Str. 26.
2. Hermann Geiche, Tischler, Berlin-Adlershof, Bismarckstr. 31.
3. Adolf Wagner, Dreher, Berlin O, Romintener Straße 27.
4. Ferdinand Pohl, Schlosser, Berlin-Niederschöneweide, Berliner Str. 137.
5. Anna Friedrich, Weberin, Berlin O, Langestr. 43.
6. Paul Rose, Berlin SO, Reichenberger Str. 82.

Ersatzmänner:

7. Franz Klauck, Schlosser, Köpenick, Grünauer Straße 33.
8. Wilhelm Trautmann, Maschinenschlosser, Baumschulenweg, Baumschulenstr. 78.
9. Robert Pachali, Mitinhaber, Berlin SO, Mariannenstr. 41.
10. Hermann Brückner, Lederp...ichter, Neukölln, ...straße 8
11. Franz Grielow, Schlosser, Berlin O, Gartenstr. 31.
12. Otto Ohlrich, Chausseewärter, Berlin-Adlershof, Bismarckstr. 7.
13. Georg Mächling, Böttcher, Berlin, Pasewalker Straße 7.
14. August Reichel, Färbereiarbeiter, Berlin SO, Manteuffelstr. 119.
15. Otto Schmahl, Dreher, Berlin-Treptow, Harzerstraße 119.
16. Heinrich Müller, Brauer, Neukölln, Harzerstraße 117
17. Albertine Lindberg, Adlershof, Bismarckstr. 23.
18. Karl Wachtel, Arbeiter, Adlershof, Kaiser-Friedrich-Straße 5.

Gemäß § 19 der zur Satzung gehörigen Wahlordnung kann die Gültigkeit der Wahl innerhalb 8 Tagen nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Vorstand der Kasse oder dem Versicherungsamt Berlin-Johannisthal, angefochten werden.

Berlin-Adlershof, den 8. Januar 1922.

Der Kassenvorstand
Max Knappe, Vorsitzender.

Kapitän-Kautabak Mk. 4.— das Stück im Einzelverkauf. Feinst. Geschmack, stets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften usw. Generalvertrieb C. Röscher, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Tel.: Kgst. 3861)

Platin, Gold- u. Silberbruch
Zahngebisse • Uhren • Ketten • Ringe sowie sämtl. **Altmetalle** kauft zu Engrospreisen
Roseneck
Berlin O, Schreinerstr. 32, Laden, 1 Min. v. Bhf Frankf. Allee und Neukölln, Ziethenstraße 41, an der Bergstraße. Größtes Absatzgebiet für Händler. Fahrgeldvergütung.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgegend.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes vom 14. Dezember 1921 gestalten sich die Lohnstufen und die Beiträge ab 2. Januar 1922 wie folgt:

Lohnstufe	Kassenmitglieder mit einem Tagesentgelt von M.	Grundlohn M.	Tagesbeitrag M.	Beiträge für die Woche bei sechs Arbeitstagen M.	Beiträge für die Woche bei sieben Arbeitstagen M.
A.	Lehrlinge ohne Entgelt	6,—	0,36	2,16	2,52
I	bis 6.— M.	6,—	0,45	2,70	3,15
II	6,01 12,— „	12,—	0,90	5,40	6,30
III	12,01 18,— „	18,—	1,35	8,10	9,45
IV	18,01 24,— „	24,—	1,80	10,80	12,60
V	24,01 30,— „	30,—	2,25	13,50	15,75
VI	30,01 36,— „	36,—	2,70	16,20	18,90
VII	36,01 42,— „	42,—	3,15	18,90	22,05
VIII	42,01 48,— „	48,—	3,60	21,60	25,20
IX	48,01 54,— „	54,—	4,05	24,30	28,35
X	54,01 u. mehr	60,—	4,50	27,—	31,—

Berlin-Mariendorf, den 3. Januar 1922.

Der Vorstand.

Botenfrauen sofort gesucht

Spedition Wutzky
Choriner Straße 68

Spedition Franke
Genter Straße 34

Spedition Lohmann
Hussitenstraße 43

Spedition Franzen
Wittstocker Straße 19

Spedition Wengels
O, Cadiner Straße 11
Tour: Frucht-, Ebeling- und Eberstraße

Spedition Sinner
Skalitzer Straße 101

Spedition Krüger
Neukölln, Emser Str. 32

Spedition Spiekermann
Pankow, Mühlenstr. 20

Spedition Lachmann
Stargarder Straße 13

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, für die so reichen Kranzspenden und die Worte ehrenden Angedenkens bei der Beerdigung meines lieben Mannes,

Robert Zeiske

sage ich hierdurch allen, insbesondere den Delegationen des A. D. G. B., der Zentralverbände und der Zweigvereine des Zentralverbandes der Hotelangestellten aus dem Reiche meinen herzlichen Dank. Frau Zeiske

Möbel jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequem. Abzahlung. Möbelhaus Andreasstr. 28 Nur 1 Treppe Streng. Diskretion!

Münzen Sammlungen k. Ball, Berlin Wilhelmstr. 46/47 **Münzen** Handlung

Am Freitag, den 6. Januar, nachm. 4½ Uhr, erlöste der Tod meine heißgeliebte Frau und unvergeßl. Mutter,

Frau Pauline Pilz

geb. Grotzke

von ihrem schweren Leiden. Dies zeigen tief erschüttert, um stille Teilnahme bittend, an

Friedrich Pilz
Hildegard Pilz als Tochter.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, 11. 1. 22, nachm. 6 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833—836

Mittwoch, den 11. Januar 1922, abends von 5—7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25 (Saal 3)

Zusammenkunft aller Kollegen die auf Kronendruck arbeiten.

Donnerstag, den 12. Januar 1922, abends von 5—7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25 (Saal 5)

Aussprache sämtlicher Drücker aus den Kundenbetrieben.

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Pankow

Hiermit wird bekanntgegeben, daß der Vorstand unserer Kasse aus folgenden Personen besteht:

A. Arbeitnehmer:

1. Otto Gültig, Stadtrat, Pkw., Clausthaler Straße 7a, 1. Vorsitzender.
2. Paul Schabert, Brauer, Bln., Stolpische Straße 40, 1. Schriftführer.
3. Paul Engel, Mechaniker, Pkw., Kissingerstraße 2, 2. Schriftführer.
4. Emil Schreiber, Werkmeister, Pkw., Florastraße 43.
5. Franz Bartels, Schlosser, Pkw., Wollankstraße 25.
6. Leonhard Fuchs, Schlosser, Pkw., Binzstr. 35.

B. Arbeitgeber:

7. Carl Lubig, Maurermeister, Kaiser-Friedrich-Straße 15, 2. Vorsitzender.
8. Carl Wittmer, Kaufmann, Wollankstr. 3.
9. Julius Hinz, Kaufmann, Berliner Straße 14.

Gleichzeitig den Herren Arbeitgebern zur gefl. Kenntnis, daß die Beiträge, nur für den Monat Dezember 1921, in den nächsten Tagen durch Boten abgeholt werden.

Berlin-Pankow, den 7. Januar 1922.

Otto Gültig, Vorsitzender.

Der Parteitag in Leipzig

Montag-Vormittags-Sitzung.

Genosse Seger eröffnet um 9½ Uhr die Sitzung.

Rosenfeld-Berlin: Eine revolutionäre Partei kann ihre Tagung nicht beginnen, ohne der hinter Kerkermauern befindlichen Gefangenen zu gedenken. Wir fordern Amnestie für alle politischen Gefangenen. Folgende Resolution wird einmütig angenommen:

„Der Parteitag der U. S. P. D. gedenkt vor Aufnahme seiner eigentlichen Arbeiten der zahlreichen revolutionären Sozialisten, die, zum Teil seit fast 3 Jahren hinter den Mauern deutscher Zuchthaus-, Gefängnis- und Festungsanstalten schmachten. Der Parteitag stellt fest, daß gegen revolutionäre Arbeiter die härtesten Urteile gefällt werden, während die Führer der Konterrevolution der Justiz unerreichbar waren oder milde Richter fanden. Gegen diese Klassenjustiz erhebt der Parteitag der U. S. P. D. schärfsten Protest. Er erhebt erneut wie schon bisher die von der U. S. P. vertretenen Forderungen: Sofortige Freilassung, Amnestie für alle politischen Gefangenen“.

Weiter wendet sich der Parteitag auf Antrag des Genossen Rosenfeld gegen die Verweigerung des Asylrechts an ausländische Sozialisten, insbesondere gegen die Auslieferung der angeblichen Mörder Datos. Diese Resolution lautet:

„Der angeblich freieste aller Staaten, die deutsche Republik, verfolgt ausländische Sozialisten, die sich in der deutschen Arbeiterbewegung politisch betätigen, heute noch wie zu Zeiten der wilhelminischen Reigierung. Noch immer werden ausländische Sozialisten als „lästig“ ausgewiesen. Die preußische und die deutsche Regierung sind sogar im Begriff, spanische Syndikalisten, die an den in Spanien verübten Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten Dato beteiligt sein sollen, der spanischen Regierung auszuliefern.

Der Parteitag der U. S. P. D. protestiert gegen diese Behandlung ausländischer Spanier. Er fordert Verweigerung der Auslieferung der spanischen Syndikalisten, freies Asylrecht für alle politischen Flüchtlinge.“

Genosse **Dittmann** erstattet nunmehr den

politischen Bericht.

Die **Politik der U. S. P. D.** war immer diktiert von der Einsicht in die treibenden Kräfte der inneren Politik und in die Machtverhältnisse. Der Imperialismus erschwert und durchkreuzt den Kampf des Proletariats. Allen derartigen Konflikten hat unsere Partei entgegengewirkt. Daraus erklärt sich auch unsere Haltung zum Londoner Ultimatum, ohne daß diese selbstverständlich von uns gebilligt werden konnte. Dadurch ist eine neue Atmosphäre geschaffen worden. Auch bei der Entente wächst die Einsicht in die Unmöglichkeit des Ultimatums. Kommt es jetzt zu einer Revision der Ententepolitik, so geschieht das auf der Basis des internationalen Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse. Es beginnt allem Anschein nach eine Periode der kapitalistischen Durchdringung der besiegten Länder durch die Siegerländer. Der Prozeß der wirtschaftlichen Verflechtung ist längst im Gange. Französischer, belgischer und amerikanischer Kapitalismus ist im Westen bereits tief in die Unternehmungen gedrungen, ebenso bei den Schiffahrtsgesellschaften. Der Weltkrieg mit den Weltkapitalismus die Bahn gebrochen, dessen Kern der angelsächsische Kapitalismus wird. Das Kapital wird immer mehr wirtschaftlich und politisch zum Beherrscher der Welt. Dadurch wird die Wirtschaft immer weiter vorbereitet für die Uebernahme durch das Proletariat. Das Kapital erzeugt mit Naturnotwendigkeit als Gegenkraft das Proletariat. Dadurch wird der Klassenkampf immer mehr internationalen Charakter annehmen. **Die internationale Kampfgenossenschaft des Proletariats gewinnt jetzt die größte Bedeutung. Sie wird zur gebieterischen Notwendigkeit.**

Wir müssen der kommenden Gefahr klar ins Auge sehen, wir müssen diese Periode kämpfend überwinden. Zunächst müssen wir im eigenen Lande die Voraussetzungen hierzu schaffen. Die U. S. P. D. hat vom ersten Tage an in diesem Sinne geschaffen, sie hat immer den Kampf gegen den nationalen Kapitalismus geführt. Bis zum Parteitag von Halle war ihr das im hohen Maße gelungen. Halle warf sie auf diesem Wege wieder zurück. Der Märzputsch war die Generalprobe auf das Moskauer Exempel, seitdem schwindet der Glaube an die Moskauer Methoden rapide. Die K. P. D. ist seitdem im Verschwinden, die Moskauer 21 Punkte sind außer Kurs gesetzt. **Lenin erweist sich immer mehr als der größte Weltopportunist.** Auf die unmögliche Weltrevolution bauen die Kommunisten nicht mehr. Wir erleben **immer wieder**, daß nach einiger Zeit unsere Forderungen von den Kommunisten übernommen wurden. So geschah es mit unserem Manifest, so geschah es mit der Forderung der Goldwerterfassung. Heute ist die K. P. D. froh, wenn sie hinter der U. S. P. D. und der S. P. D. herlaufen darf. Früher hieß ihre Parole: Spaltet euch! Heute heißt sie: Sammelt euch! **Die U. S. P. D. hat den Kommunismus geistig besiegt.**

Die Sammlung des Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes ist die höchste historische Aufgabe der U. S. P. D. Eine Radikalisierung der Arbeiterschaft ist unverkennbar. Auch rechtssozialistische Arbeiter erkennen, daß die

Koalitionspolitik

immer weiter vom Sozialismus abkehrt. Welche Früchte hat die Koalitionspolitik gebracht?

Als wir die Regierung verlassen hatten, kam die Bildung der Reichswehr, kam der monarchistische Kurs, kam der Kapp-Putsch, kam der Geßler-Kurs. Das ist das Ergebnis der Koalitionspolitik auf militärischem Gebiete. Und auf dem Gebiete der Justiz? Eine schlimmere Klassenjustiz wie heute in Deutschland hat es nie gegeben. Nicht anders steht es hinsichtlich der Kulturpolitik. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete geht es so. In allen diesen Fragen stimmen die Bürgerlichen die rechtssozialistischen Koalitionsfreunde nieder. Den Kapitalisten ist es gelungen, sich der Heranziehung zu den Lasten des Staates zu entziehen. Die Koalitionspolitik war nur zum Nutzen der Kapitalisten. Stillstand und Reaktion auf allen Gebieten, das ist das Fazit der Koalitionspolitik. Die bürgerlichen Parteien lehnen jede Koalition ab, wenn sie nicht kapitalistische Politik treiben können.

Die Frage der Steuern macht eine Entscheidung unausweichlich. Die Demokraten haben sich immer mehr zu einer kapitalistischen Partei entwickelt. Auch der linke Flügel des Zentrums ist nicht festgefügt und kann stürzen über Nacht. Kommt es nun zu der internationalen Verständigung des Kapitals, so wird das Bürgertum bei uns das Proletariat als Deckung entbehren können. Sie brauchen die Koalitionspolitik dann nicht mehr. Dann wird es von der S. P. D. heißen: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan . . . Zweimal trat auch an die U. S. P. D. die Frage der Koalitionspolitik heran. **Wir haben niemals daran gedacht, unseren bisherigen Standpunkt aufzugeben.** Die letzte Anfrage der S. P. D. war ein taktisches Manöver. Sie wollte sich die Koalitionserweiterung zu Stinnes hinüber erleichtern, was aber durch unsere Antwort durchkreuzt worden ist. Wir sind uns darüber klar, daß die Gesamtinteressen in unüberbrückbarem Gegensatz zu den Interessen des Kapitals stehen.

Nicht Klassenharmonie, sondern Klassenkampf

ist unsere Losung! In Oesterreich hatte das Proletariat bei Eingehung der Koalition die Macht in Händen. In Deutschland verschleiert die rechtssozialistische Koalition aber nur die Diktatur der Bourgeoisie. Es ist nicht unsere Aufgabe zu forschen, ob irgendwann einmal eine bürgerliche Partei als Feigenblatt der Diktatur des Proletariats dienen könnte. Wir erklären rund heraus: **Wir lehnen jede Koalitionspolitik ab.** (Lebh. Beifall.) Wenn die Rechtssozialisten auf die Stärkeverhältnisse hinweisen, um die Notwendigkeit der Koalitionspolitik darzutun, so übersehen sie, daß wir eine revolutionäre Epoche durchlaufen haben. Damals fehlte den Rechtssozialisten die Einsicht in die revolutionäre Notwendigkeit und das Vertrauen in die Arbeiterschaft. Sie haben schon damals Kompromisse mit der Bourgeoisie abgeschlossen. Hätten sie anders gehandelt, so hätte die revolutionäre Welle die ganze Arbeiterklasse wie eine Lawine erfaßt. Jetzt wollen sie mit den Erfolgen dieser Fehler ihre Koalitionspolitik entschuldigen. Auch als Minderheit wäre das Proletariat stärker gewesen als in der Koalition. Die unsinnige Putschtaktik der Kommunisten ist erst ausgelöst worden durch die Politik der Rechtssozialisten, welche allen revolutionären Notwendigkeiten ausgewichen sind. **Die Koalitionspolitik ist das Haupthindernis der Einigung des Proletariats.** Mir liegt es fern, den Gegensatz zur S. P. D. zu verfärben. Aber das erste Erfordernis zur Klärung der Situation ist die Aussprache dessen was ist.

Die Einigung des Proletariats muß, kann und wird kommen. Sie kann aber nur erfolgen auf einem gemeinsamen Kampfboden. **Solange die Rechtssozialisten an der Koalitionspolitik, die Kommunisten an der Putschtaktik festhalten,** ist diese unmöglich. Erst wenn sie sich auf den Boden des Klassenkampfes zurückgefunden haben, wird das Proletariat wieder zueinander wachsen. Die Rechtssozialisten verkennen vollkommen den Urgrund der Kraft des Proletariats. Sie besteht in der Einigkeit und Geschlossenheit als Klasse. Das zeigt Oesterreich. Das Proletariat ist in Deutschland längst ebenso stark, daß es denselben Einfluß ausüben könnte.

Von den Rechtssozialisten wird unser Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats als ein Hindernis betrachten. Wir bekennen uns hierzu, aber in dem Sinne des Marxschen Wortes, wonach die Gewalt die Geburtshelferin alles Neuen ist. Seit Halle kann man uns in dieser Frage keine falschen Unterstellungen hierüber machen. In Wirklichkeit haben sich auch die Rechtssozialisten zur Diktatur bekannt, allerdings zur Diktatur der Bourgeoisie, wie die Ausnahmegesetze Eberts beweisen. In der Revolution haben sie vorübergehend auch eine revolutionäre Diktatur ausgeübt und hieraus leiten sich noch heute alle Errungenschaften der Revolution ab.

Das Proletariat muß überall das Mögliche an Maximum der Einheit herstellen. Daraus wird dann die völlige Einheit erwachsen. Niemand darf von der Einigung ausgeschaltet werden. Alle Brüder von rechts und links sollten sich bewußt sein, daß wir

Parteigenossen von übermorgen

sind. Es gilt jetzt, die gemeinsamen Forderungen des Proletariats in den Vordergrund zu rücken. Gewaltige Kämpfe stehen uns bevor, in diesen hat unsere Partei Führerin und Bannerträgerin zu sein. Im gemeinsamen Willen zur Einigkeit erwächst die Einigkeit von unten heraus. Dann wird es vorbei sein mit der unseligen Zersplitterung, dann werden dem Simson Proletariat die Locken wieder wachsen, dann werden wir wahr machen das Freiligrathsche Wort:

„Wir sind die Kraft. Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat!“

Bericht der Reichstagsfraktion

erstattet Genosse **Henke:**

Durch die Reichstagswahl 1920 wurden wir die zweitstärkste Fraktion im Reichstag. Da auch die Rechte des Reichstags erweitert worden sind, wurden große Hoffnungen auf die Tätigkeit der Fraktion gesetzt. Durch die Spaltung in Halle schieden von 81 Abgeordneten 22 aus, was eine Schwächung unseres Einflusses zur Folge hatte, der Fraktion aber ein fruchtbareres Arbeiten als vorher gestattete. **Bei jeder Gelegenheit hat sie durch Interpellationen, Anträge und Forderungen von Gesetzentwürfen die proletarischen Interessen vertreten.** Die Ueberlastung des Reichstags hat ihre Verhandlung aber oft verhindert.

In der Außenpolitik Deutschlands ist eine große Veränderung vorgegangen. Deutschland ist Objekt der Politik anderer Mächte geworden. Unsere Linie, die wir für die Außenpolitik festgelegt hatten, hat sich **als ein großer Erfolg der Partei** herausgestellt. Die Zustimmung zum Friedensvertrag und zum Londoner Ultimatum war das einzig Mögliche für die deutsche Politik. Die Ententemächte haben das größte Interesse daran, daß die Weltwirtschaft wieder aufgerichtet wird. Immer haben wir die Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen, vor allem auch mit Rußland gefordert.

Auf dem **Gebiet der Innenpolitik** hatten wir Stellung zur Unterstützung des Kabinetts Wirth zu nehmen. Wir haben mit aller Deutlichkeit erklärt, daß wir es nur so lange unterstützen, als es unseren Forderungen genügt. Eine Erweiterung der Basis des Kabinetts ist auf unser schärfstes Mißtrauen gestoßen. **Die Klassenjustiz hat in der demokratischen Republik noch schärfere Formen angenommen.** In einer Petition an den Reichstag gaben die hohen Richter glatt das Bestehen einer Klassenjustiz zu. Wir haben die Methoden des Strafvollzugs aufs schärfste bekämpft. Ein politischer Gefangener in Lichtenburg wurde nach seinem Tode auf dem Zuchthausfriedhof beerdigt, da den Angehörigen die Herausgabe der Leiche verweigert wurde.

Die Ernährungspolitik der Regierung hat unseren stärksten Widerstand herausgefordert. Die Besitzenden können sich alle Genüsse gönnen, während die großen Massen in elenden Wohnungen zusammengepfercht und den zunehmenden Volkskrankheiten ausgeliefert sind. Auch in der demokratischen Republik finden die Agrarier Schutz bei der Regierung. Die Erhöhung der Kartoffelpreise bedeutet eine Zunahme des Elends und für viele den langsamen Tod.

Die Sozialpolitik

steht im Zeichen des Zentrums, das immer eine heuchlerische Politik auf diesem Gebiete getrieben hat. Für die Reichswehr, für die Selbstschutzorganisationen der Bourgeoisie ist Geld da, aber nicht für die Sozialpolitik. Wir haben eine selbständige Politik auf diesem Gebiet geführt. **Das Elend der Kleinrentner, Invaliden-, Unfallrentner, der Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen veranlaßte uns immer und immer wieder, die Regierung und die Parteien vorwärts zu treiben.** Die Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge ist auch nur zu einem Teil im Sinne unserer Forderungen erfüllt worden. Die weiblichen Zentrumsabgeordneten haben gerade in diesem Punkte versagt. Die von uns geforderte Vereinigung der Angestellten- und Invalidenversicherung wurde vom Gegner zu niedrigen Verdächtigungen benutzt.

Wir dürfen nicht erwarten, daß dieser Reichstag den Forderungen der Arbeiter gerecht wird. **Das Arbeitszeitgesetz, das Antistreikgesetz sind schlimme Attentate auf die Rechte der Arbeiter,** gegen die wir die Massen mobil machen müssen. Die Leistungen auf dem sozialpolitischen Gebiet sind zurückgegangen. Die Folge ist weitere Verelendung der Aermsten der Arbeiterschaft und die Unfähigkeit zur Führung des Klassenkampfes.

Die Justizreform hat mit der Umwandlung von Freiheits- in Geldstrafen meist nur den Schiebern Verbesserungen gebracht. Die Unsicherheit der Existenz der Beamten bedeutet eine Gefahr für den Klassenstaat. Unsere **Beamtenpolitik** muß die Beamten zum Klassenkampf erziehen und ihnen Koalitions- und Streikrecht sichern. Bei dem Entschädigungsgesetz für die Kriegsfolgen wird die Fraktion die Interessen des Proletariats wahrnehmen. Genosse Henke streift die Stellung der Fraktion zur Wohnungs- und Siedlungsfrage und zu dem Schulkompromiß.

Das ganze Interesse des Proletariats konzentriert sich zur Zeit auf

die Steuerpolitik.

Die Erzbergersche Steuerpolitik brachte die Gemeinden in große Not. Eine der ersten Wirkungen war **die Kapitalflucht der Besitzenden.** In der Gesetzgebung kämpft die herrschende Klasse um weitgehende Befreiung von den Steuern. Die Steuerveranlagungen und Steuererhebungen waren viel schwieriger geworden und ermöglichten den Kapitalisten, die Steuern zu hinterziehen, während die Arbeiter zwei Drittel aus Einkommensteuern zahlen mußten. Die schwebende Schuld beträgt heute 230 Milliarden Mark. **Wenn die Tätigkeit der Banknotenpresse nicht aufhört, bedeutet das das weitere Anwachsen der schlimmsten indirekten Steuer, die Entwertung des Geldes.** Die Entwertung der Mark bedeutet eine gewaltige Verteuerung aller Lebensbedürfnisse der großen Massen. Wir müssen uns auf weitere Preissteigerungen gefaßt machen, denn die Lohn- und Gehaltssteigerungen schleppen nur nach. Helfferich, der das früher selbst zugab, kämpft heute für die Abwendung der Besitzsteuern. Die besitzenden Klassen wollen die Steuern auf das Proletariat abwälzen. Die Rechtssozialisten erklärten sich für die Bewilligung indirekter Steuern, **wenn entsprechende Besitzsteuern geschaffen werden.** Dabei ist der Tarif der Besitzsteuern herabgesetzt, statt erhöht worden, während die Preise für alle Lebensmittel steigen.

Alle dem Proletariat schädlichen Steuern müssen von unserer Fraktion abgelehnt werden. Wir müssen den Kampf um die Durchführung der 10 Forderungen der Gewerkschaften und die Erfassung der Sachwerte führen.

Die Fraktion ist in allen Fragen von Bedeutung einmütig gewesen. Sie hat das Vertrauen ihrer Wähler gerechtfertigt. Wir haben keine Ursache, einen Wahlkampf zu fürchten. **Wir sind zum Kampf bereit und des Erfolges unserer Sache sicher.** (Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Seger, verliest folgende

Entschließung zugunsten der Sozialistischen Republik Georgiens,

die vom Parteitag einstimmig angenommen wird:

„Die Republik Georgien, unter einer sozialistischen Regierung der Bauern und Arbeiter, bestrebt, den Weg zum Sozialismus mit marxistischer Erkenntnis zu bahnen, wurde **ohne vorhergehende Kriegserklärung von den roten Truppen der russischen Sowjetregierung überfallen und steht noch heute unter dem schärfsten militärischen Terror der Roten Armee und der Außerordentlichen Kommissionen.** Alle Arbeiterorganisationen sind zerstört. Alle Errungenschaften der Revolution sind zunichte gemacht. Die besten Genossen, alte erprobte Kämpfer gegen den Zarismus, schmachten im Kerker, wo viele von ihnen infolge grausamer Behandlung den Tod finden oder sie leben in der Verbannung in Turkestan oder einem entlegenen Ort Sowjetrußlands.

Der Parteitag erhebt in Uebereinstimmung mit der J. A. S. P. **schärfsten Protest gegen die Gewalttat einer sich sozialistisch gebärdenden Diktatur.** Sie fordert die sofortige Zurückziehung der Sowjettruppen aus dem okkupierten Georgien und die Rückbeförderung der verbannten Sozialdemokraten, die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen und die Wiederherstellung Georgiens als selbständigen Staat auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.“

Außerdem ist **folgende Resolution** eingegangen:

„Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges treffen

die Sozialrentner

mit ganzer Schwere. Die bereits vor dem Kriege unzulänglichen gesetzgeberischen Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet sind für die heutige Zeit völlig überholt und unhaltbar geworden.

Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, darauf hinzuwirken, daß an Stelle der organisatorischen Zerrissenheit auf sozialpolitischem Gebiet der Verschiedenheit der finanztechnischen Grundlagen und der Ungleichheit der Leistungen ein Bau für **eine umfassende soziale Hilfeleistung errichtet wird.** Eine solche Organisation hat alle Kreise der Bevölkerung zu umfassen und die jetzt bestehenden sozialen Versicherungsorganisationen und Fürsorgeeinrichtungen mit Einschluß der mittelalterlichen Armenpflege in zweckentsprechender Weise zu ersetzen, fußend auf dem Prinzip: **ausreichende Hilfe jedem sozial Hilfsbedürftigen.“**

Nachmittags-Sitzung

Zu Beginn der Nachmittagssitzung erstattet Genosse **Ledebour** den

Bericht der Programmkommission

Der letzte Leipziger Parteitag hat eine 13gliedrige Kommission eingesetzt. Wir können uns nicht auf eine modifizierte Wiedergabe des Erfurter Programms beschränken. Die Zertlüftung in Halle wirkte auch zersetzend auf die Arbeit der Kommission ein. Im Laufe der Zeit sind Teilprogrammentwürfe fertiggestellt worden, als erster das **Schulprogramm,** als zweiter das **Kommunalprogramm,** mit dessen Ausarbeitung Dr. Herz (Spandau) beauftragt wurde. Die Genossen Marchionini und Grumach arbeiteten **Entwürfe für Agrarprogramme** aus. So wertvoll diese sind, sind sie doch nicht so weit gedieh n, daß der Parteitag zur Beschlußfassung über das Agrarprogramm kommen könnte. Für das allgemeine Programm hat Genosse Ledebour die Resultate der Erforschung der Urgeschichte der Menschheit einer Bearbeitung unterzogen. Ein Programm ist kein Schmuckstück, das man einschließt, sondern es soll die **Richtlinie für die politische Tätigkeit der Partei** sein und muß mit ihrer Tagespolitik aufs engste zusammenhängen. Alle früheren programmatischen Erörterungen haben die wirtschaftliche Entwicklung vollständig umrissen, aber die Urgeschichte dabei unberücksichtigt gelassen. Genosse Ledebour geht in seinen weiteren Auslassungen ausführlich auf die Darlegungen ein, die er in einem Artikel „Gemeinwirtschaft und Gemeinsinn der Menschheitsentwicklung“ niedergelegt hat, der dem Parteitag gedruckt vorliegt. Seine Ausführungen sind eine großzügige kulturgeschichtliche Darstellung des Werdeganges der Menschheit vom Gemeinschaftssinn des Urkommunismus bis zu dem Gemeinsinn, der nicht nur neue politische Organisationen schaffen will, sondern auch zu einem dem sozialistischen Ideal angepaßten Leben führen muß. Ledebour fährt dann fort:

Wir sind auf dem Wege zu einer Einigung der proletarischen Parteien. Der Krieg brachte die sozialistischen Parteien in einen Konflikt mit ihren bisherigen Auffassungen, die verlangten, im Interesse der proletarischen Bewegung der ganzen Welt jede Unterstützung einer kapitalistischen Staatsmacht abzulehnen. Die Mehrheit unserer damaligen Partei ließ sich verleiten, die gemeinsamen Interessen mit den übrigen Gliedern des deutschen Volkes höher einzuschätzen, als die Interessen, die die deutschen Proletarier mit denen der ganzen Welt verbanden. Bis heute haben sich die rechtssozialistischen Parteimassen noch nicht loslösen können von dem unheilvollen Einfluß, dem sie während des Krieges unterlegen sind. Deshalb ist es noch nicht möglich, uns mit ihnen zu vereinigen, wollen wir uns nicht selbst aufgeben und unsere Existenzberechtigung verlieren. Aber

wir können Kampfverbindungen mit ihnen eingehen,

wenn immer sich Gelegenheit zu gemeinsamen Aktionen bietet. Diese führen notwendig dazu, daß sich eine Aenderung im Denken

der anderen Parteiangehörigen vollzieht. Bei der Spaltung unserer Partei sind idealistisch veranlagte Genossen zur Kommunistischen Partei übergetreten, weil sie glaubten, daß der Anschluß der proletarischen Parteien an die Kommunisten Sowjetrußland vom Untergang retten würde. Diese nicht durch die Tatsachen gerechtfertigte Auffassung sind hunderttausende sozialistischer Arbeiter zum Opfer gefallen. Auch die Kommunisten haben wir, wie die Rechtssozialisten, als die Parteigenossen von übermorgen zu behandeln. Wir müssen uns hüten, die Verurteilung der Handlungen einzelner Personen auszudehnen auf ganze Parteien und **alles aufbieten, um in absehbarer Zeit den Zusammenschluß des revolutionären Proletariats herbeizuführen.**

Unser Aktionsprogramm bekennt sich zur **Diktatur des Proletariats.** Ueber diesen Begriff sind in der Partei häufig Auseinandersetzungen entstanden. Eine praktische Anwendung dieses Gedankens haben wir erst in Rußland erlebt. Lenin definierte den Begriff „Diktatur" als eine Machtanwendung, die an kein Gesetz gebunden ist. In der Praxis haben ihr die Bolschewiki einen ganz anderen Inhalt gegeben. Sie haben sich auch nicht an die Moralgesetze gebunden gefühlt, nicht nur nicht an die geschriebenen, sondern sie betrachten die Diktatur als **eine gewaltsame Unterdrückung der Andersdenkenden auch im Proletariat.** Ohne Terror läßt sich bei ihnen eine Diktatur nicht denken. Ihre Diktatur ist keine solche der proletarischen Klassen über die anderen Klassen, sondern die einer Minderheitspartei über die eigene Klasse. **Bolschewismus ist nicht gleichbedeutend mit Diktatur des Proletariats.** Es ist wohl möglich Gewalt anzuwenden, ohne zu terroristischen Maßregeln Zuflucht zu nehmen. Für Gewaltanwendung sind wir unter Umständen auch. In gleichen Situationen wie im November 1918 werden wir auch immer wieder Gewalt anwenden. Das Bekenntnis dazu rührt nicht erst aus der Kriegszeit her. **Wenn die gegnerischen Parteien gegen uns Gewalt anwenden, werden wir Ihnen Gewalt entgegensetzen, um damit den Kapitalismus zu stürzen.** Die Ebbezeit der proletarischen Bewegung ist nur vorübergehend. Die Entwicklung kann eine revolutionäre Hochflut bringen. So werden die reaktionären Maßnahmen der Schweizer Regierung selbst die demokratischen Arbeiter der Schweiz in revolutionäre Bahnen hineinbringen. Nur durch Klassenkampf, nur durch Anwendung von Gewalt werden die Uebergänge in der Entwicklung sich vollziehen. **Wenn die politische Notwendigkeit an uns herantritt, Gewalt anzuwenden, dann werden wir**

die Diktatur des Proletariats auch in Deutschland

proklamieren. Unter welchen Formen diese ausgeübt werden wird, ob durch das Rätesystem oder in demokratischen Formen, ist nicht das Entscheidende. **Entscheidend ist, daß das Proletariat seinen Willen durchsetzt.** An Stelle der falschen Leninschen Definition müssen wir sagen: Diktatur ist nicht entscheidende Machtbeteiligung einer Personengruppe oder Klasse gegen einen Widerstand. Sie kann nur geschehen, unter Anwendung aller Machtmittel, die das Proletariat in Händen hat oder für diesen Zweck schaffen kann. Unter Terrorismus verstehe ich die Anwendung von Schreckmitteln. Wie dieser sich in Rußland auswirkt, hat gestern Genosse Abramowitsch nachgewiesen. **Es ist unwahr, daß die Ausübung der Diktatur nur möglich ist mit Anwendung terroristischer Mittel.** Diese terroristischen Auffassungen sind Anschauungen aus den Auffassungen über Gewaltanwendung bei den herrschenden Klassen. Doch hat sich das Proletariat von dieser Ideologie freizumachen. Wenn das deutsche Proletariat zur Macht kommen wird durch die Diktatur, darf sie uns nicht korrumpiert werden durch solche Entartungen wie in Rußland. Wir haben die Pflicht, schon in den Kämpfen, in denen wir jetzt stehen, nicht nur auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet uns vorzubereiten, sondern auch uns freizumachen von den Schlacken dieser Epoche. **Wir wollen den ursprünglichen Gemeinsinn zum proletarischen Gemeinsinn erheben und müssen in uns selbst eine Revolution vollziehen, um das hohe sozialistische Ideal verwirklichen zu können. Das Schicksal der Vorkämpfer der Menschheit ist nie ein behagliches. Wir werden siegen, wenn wir uns selber und unseren Vorkämpfern treu bleiben.** (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte

Dem Parteitag ist ein vom Zentralkomitee, dem Beirat und der Kontrollkommission entworfenes Manifest zugegangen, das die Frage der Einigung behandelt und zugleich ein Programm für die von der ganzen Arbeiterklasse zu lösenden Aufgaben enthält.

Jensen (Gera): Das Problem des Tages ist die **Einigung des Proletariats in nationalem und internationalem Rahmen.** Die Einigung kommt als ein Massenbedürfnis, sie kommt aber nicht ohne unser Wollen, sondern die **Partei, die führend vorangeht, wird den Ausschlag geben.** Wir stehen an einem geschichtlichen Wendepunkt. Die wirtschaftlichen Vorgänge führen die Massen auf den von unserer Partei gewiesenen Weg. Das beweist schon der Umstand, daß die großen Gewerkschaftsorganisationen sich unsere Forderungen zu eigen gemacht haben. Wenn im Kriege die Spaltung eine revolutionäre Tat war, so ist es heute die Einigung. Sie ist die Aufgabe der nächsten Jahre. Der Weg muß gesucht werden in gemeinsamen Aktionen.

Rauch (Düsseldorf): Solange die Erkenntnis in die Kampfnotwendigkeiten bei den anderen Parteien noch nicht besteht, können wir auf die organisatorische Selbständigkeit nicht verzichten, da dies den Verzicht auch auf unsere Propaganda bedeuten würde. In dem vorliegenden Manifest vermißt der Redner die Wohnungsfrage. Außerdem bemängelt er die Fassung eines Satzes, der die Bekämpfung der indirekten Steuern fordert. Schließlich stellt der Redner noch sozialpolitische Forderungen auf und verlangt die Zusammenlegung der Krankenkassen.

Genossin **Zietz:** Die Einigung des Proletariats ist eine Notwendigkeit. Wir wären pflichtvergessen, dies zu verkennen. Aber **kann der Weg zur Einigung der sein, den uns die Rechtssozialisten zeigen?** Diese Einigung macht es unmöglich, als Sauerteig zu wirken, wie dies Jensen ins Auge faßt. Die Koalitionspolitik ist eine Fessel für das Proletariat. Solange die S. P. D. einer Koalitionsregierung angehört, kann weder sie, noch könnten die von ihr beeinflußten Parteien den Klassenkampf führen. Wir müssen alles tun, die Rechtssozialisten aus der Koalition herauszubringen. Ich bitte Sie, den vom Zentralkomitee, Kontrollkommission und Beirat vorgelegten Manifest einmütig ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Ein von der **Sozialistischen Emigrantengruppe Ungarns** eingelaufenes Begrüßungsschreiben wird verlesen und mit Beifall aufgenommen.

Wilhelm Dittmann begrüßt dann die erschienenen sozialistischen Delegierten Georgiens, Armeniens und den **Generalsekretär der französischen Sozialistischen Partei, Paul Faure,** der unter lebhaften Beifall das Wort ergreift:

Ueberall hat der Krieg den gleichen Konflikt hervorgerufen. Ueberall waren die Völker unschuldig, überall waren sie durch Lügen in den Krieg verwickelt worden. Wie damals, wird auch heute noch nationalistische Verhetzung getrieben. Dieser stellen wir uns entgegen, und wir hoffen, daß bald der Moment kommen wird, wo jene abtreten müssen, die heute Frankreich regieren und **das französische Volk entehren. Dem Proletariat Frankreichs und Deutschlands fallen im Augenblick die wichtigsten Aufgaben zu.** Vor der Spaltung sind auch wir nicht bewahrt worden. In Tours hat die Mehrheit die 21 Moskauer Bedingungen angenommen. Allerdings hatte man den Kommunisten zu verstehen gegeben, daß ihnen vertraulich noch eine 22. Bedingung hinzugefügt wird, nämlich die, daß die Partei die 21 Punkte nicht zu halten braucht. (Heiterkeit.) Und diese 22. Bedingung ist die einzige, die von den französischen Kommunisten erfüllt worden ist. (Lange stürmische Heiterkeit.) Wird sind eine schwache Partei, aber **wir haben die Spaltung überwunden.** Unsere Bourgeoisie fürchtet nichts mehr, als die internationale Organisierung des Proletariats. Darum haben wir ihr auf unserm letzten Kongreß unser besonderes Augenmerk zugewendet. Es ist daher von uns vorgeschlagen worden, eine **Konferenz der durch den Friedensvertrag berührten Länder unter dem Proletariat herbeizuführen.** Zwei Punkte sollen auf dessen Tagesordnung gesetzt werden:

1. Die Entwaffnung (aber nicht nur die Entwaffnung Deutschlands, sondern die Entwaffnung der Welt. Starker Beifall.) 2. Die Frage der Reparation. Das ist eine Plattform, auf der das internationale Proletariat gemeinsam kämpfen kann und kämpfen muß. Diesen Weg weisen wir ohne irgendwelche Hintergedanken. Wir entsprechen damit den Notwendigkeiten des Proletariats. Nehmen Sie darum unseren Vorschlag an. Unterstützen Sie uns in unserem Willen und **kämpfen Sie mit uns für die Erreichung des Friedens, Verbreitung des Sozialismus und Rettung der Menschheit.** (Lebhafter Beifall.)

Die Rede wird vom Genossen **Grumbach** übersetzt und mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Hierauf wird die Sitzung von **Dittmann** auf Dienstag vertagt.

Unsere erste Reichsbildungskonferenz

Die Bedeutung der ersten Reichsbildungskonferenz unserer Partei liegt weniger in dem, was auf ihr gesprochen wurde, als vielmehr in der Tatsache, daß überhaupt eine solche Veranstaltung stattfand und in dem Ergebnis, das sie in Form eines Antrages an den Parteitag gezeitigt hat. In seinem Referat behandelte der Sekretär des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts, Genosse Schröter, die praktischen Möglichkeiten, die sich der Partei bei ihrem gegenwärtigen Stande der Finanzen und dem Maße der verfügbaren Kräfte in der Durchführung der Bildungsarbeit bieten. Die Ausführungen des Referenten wurden unterstützt durch sehr gute graphische Darstellungen der statistischen Berichte über Ergebnisse und Erfahrungen des Leipziger Arbeiterbildungsinstitutes.

In der Diskussion wurde von den Vertretern vieler Bezirke die Freude zum Ausdruck gebracht, daß durch die Initiative der Leipziger Parteigenossen eine solche Veranstaltung zum ersten Male im Zusammenhang mit einem Parteitag getroffen und dadurch vor der gesamten Parteiöffentlichkeit dokumentiert wurde, welche Bedeutung die Bildungsarbeit für den Ausbau und die erfolgreiche Arbeit der Partei hat.

Sitzungsbericht

Im Gartensaale des Leipziger Volkshauses trat am Sonntag vormittag 10 Uhr die Reichsbildungskommission zusammen. Die Tagung war verbunden mit einer vom Leipziger Arbeiterbildungsinstitut veranstalteten instruktiven Ausstellung, in der graphische Darstellungen und andere anschauliche Zeugnisse seiner erfolgreichen Arbeit gezeigt wurden.

Genosse Karl Schneider-Berlin eröffnete im Auftrage des Zentralkomitees die Konferenz mit dem Hinweis, daß die Partei bisher der Bildungsarbeit nicht die nötige Aufmerksamkeit hätte schenken können, weil sie immer in den schwersten Kämpfen stand. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten wurden Karl Schneider-Berlin und Schlegelmilch-Leipzig gewählt, als Schriftführer Illgner-Leipzig. Nach begrüßenden Worten des Genossen Schlegelmilch nahm Genosse Schröter-Leipzig das Wort zu seinem Referat:

Was muß unsere Partei für die Bildungsarbeit tun?

Er ging aus von dem Gedanken, daß durch die politische und agitatorische Arbeit der Rahmen geschaffen, die Massen für die Partei gewonnen werden, daß aber nun durch die Bildungsarbeit aus den neugewonnenen Anhängern klassenbewußte Mitkämpfer gemacht werden müssen. Er erörterte die einzelnen Möglichkeiten, sowohl in großen wie in kleineren Orten praktische Aufklärungsarbeit zu leisten und gab zum Teil aus der Arbeit des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts eine Fülle von wertvollen Anregungen bekannt. — Genosse Schröter behandelte weiter die Aufgaben der Partei beim Heranbilden der jüngeren Generation, er schilderte die mannigfachen Aufgaben, die der Partei durch neuere Einrichtungen, wie z. B. die Elternbeiräte gestellt werden. Er streifte auch die Frage der Volkshochschulen und ließ seine Ausführungen gipfeln in der Forderung an die Partei, eine

Zentralstelle für die Bildungsarbeit

zu schaffen. Dieses Organ soll allen Organisationen im Reiche Anweisungen für die Bildungsarbeit geben und durch Richtlinien und jede Art von Unterstützung die Bildungsarbeit fördern.

In der Debatte kam zunächst allgemein die Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß eine solche Veranstaltung endlich einmal getroffen worden sei. Es schilderten eine Anzahl Genossen die Wege und Ergebnisse der Bildungsarbeit in einzelnen Bezirken, wobei die Ausführungen des Genossen Ludwig-Pirmasens in besonders erfreulicher Weise zeigten, wie durch die Initiative und zielbewußte Arbeit auch in kleineren Städten Nützliches geleistet werden kann.

Genosse **Otto Jensen**-Gera legte Wert darauf, daß die Partei keine bürgerliche Halbbildung vermitteln, sondern **planmäßige methodische sozialistische Bildungsarbeit** leisten müsse. Es müsse mit den Kräften in der Bildungsarbeit ökonomisch verfahren werden, in der Bibliotheksarbeit solle man sich die fortschrittliche Methode der neueren Bibliotheken zunutze machen, und im ganzen solle das Ziel der Bildungsarbeit die **politische und kulturelle Erziehung zum Sozialismus** sein. — Genosse Siemsen-Essen vertrat die Auffassung, daß es den Parteiorganisationen wohl kaum möglich sei, im größeren Umfange neue Bibliotheken zu gründen, es müsse unser Einfluß in den Gewerkschaften dazu führen, daß von diesen leistungsfähigeren Organisationen Bibliotheken geschaffen werden. Er legte in sehr interessanter Weise dar, wie die Volkshochschule in Essen durch ein besonderes Gruppensystem zu einer auch für die Arbeiterschaft sehr wertvollen Einrichtung geworden ist. — Genosse Harre-Gera legte kurz Aufbau und Ziel der **Heimvolkshochschule in Tinz** dar. — Genosse **Löwenstein-Berlin** forderte, daß die neu zu schaffende Zentrale für Bildungswesen eine neue Bildungskonferenz mit einem klar formulierten Programm einberufen müsse, da sich in einer solchen Generaldebatte alle Fragen nicht erledigen lassen. — Genosse Seger-Berlin hat die Bildungskonferenz um Unterstützung des Antrages der Berliner Parteiorganisation über die Bildungsarbeit.

In seinem Schlußwort faßte Genosse Schröter das Ergebnis der Diskussion zusammen. Es wurde einstimmig folgender Antrag an den Parteitag angenommen:

„Der Parteitag beschließt: Das Zentralkomitee wird beauftragt, schleunigst, spätestens bis zum nächsten Parteitag, eine Zentralstelle für das Bildungswesen einzurichten."

Die in der Resolution der Leipziger Genossen enthaltenen Richtlinien wurden der zu schaffenden Zentralstelle als Material überwiesen. Mit einigen ermunternden Worten an die Vertreter der Bezirke, in ihren Organisationen über diese Tagung zu berichten und so eine Wirkung der Bildungskonferenz über den Parteitag hin zu erreichen, schloß Genosse Schneider die Konferenz.

Der einzige Weg

Roman von Paul Rebux

Uebersetzt von Rudolf Fürst.

Copyright 1921 by Greiblein & Co. G. m. b. H., Leipzig

(67. Fortsetzung)

Réal fuhr fort: Von allen Seiten hörte man: Lieber Krieg als diese ewige Spannung. In diesem Wunsche lag eine heimliche Hoffnung verborgen. Das Wort Krieg gewann an Verführungskraft. Moritz Barrés, Leo Daudet fachten die Begeisterung an. Ich weiß noch einen Satz aus Agathens Rundfrage: „Die Jugend von heute" (1913) auswendig, der folgendes besagt: „Das Leben, das wir jetzt führen, genügt uns nicht. Wir brauchen unverzüglich eine wirkliche Tat. Dazu haben wir nur eine Möglichkeit: den Krieg; deshalb wünschen wir ihn."

„Das haben Franzosen gesagt? Unmöglich!"

„Verlassen Sie sich darauf. Das Wort wurde geschrieben, besprochen, gebilligt. Und es ist keine vereinzelte Meinung. Es ist die schicksalsschwere Formel, auf die fünfzehn Jahre Sporterziehung nationalistischer Kultur hingearbeitet haben. Lesen Sie doch diese Rundfrage noch einmal. Einer der Jünglinge erklärt: der Krieg würde mir Spaß machen; ein anderer: der Krieg lockt uns aus Liebe zur Kunst; ein Offizier berichtet das Wort eines seiner Leute: Herr Leutnant, käme doch Krieg, damit man mit den Kerlen dort aufräumte; und er fügt hinzu: Man muß den Krieg vorausräumte; und er fügt hinzu: Man muß den Krieg voraussehen und immer zur Kriegserklärung bereit sein; der Angriff ist das beste Mittel zur Verteidigung. Wo sind alle jene, die so gesprochen haben? Auf welchem Schlachtfeld Belgiens liegen sie verscharrt? Wir haben so lange wiederholt: Wir sind angegriffen worden, wir wollen den Krieg nicht, bis wir es selbst geglaubt haben. Aber einige von uns wollten den Krieg doch. Und man durfte ihnen nicht einmal widersprechen, denn wer zum Frieden mahnt, erscheint immer wie ein Lumpenhund neben dem, der von Ruhm trompetet. Die armen Burschen wollten den Krieg — sie kannten ihn nicht."

„Und die deutsche Jugend?"

„Sie glaubte an den frischfröhlichen Krieg und an ihre eigene reinigende Tapferkeit. Man hatte ihnen das alles so oft vorgepredigt."

Yvonne hielt die Hand vors Gesicht, aufs tiefste erregt durch die Ueberzeugungskraft in Réals Worten. Er wollte sie gar nicht besiegen, er wollte sie nur aufklären. Und sie fühlte, daß sich manches in ihr allgemach änderte.

Endlich rang sich aus ihr ein Schrei:

„Guter Gott, wenn die Völker den Krieg nicht wollten, welcher Sturm hat sie dann gegeneinander geschleudert?"

„Nun, der Patriotismus, mein Kind, dieses Gefühl, das man auch in Ihnen bis zum äußersten angestachelt hat. An den Patriotismus haben sich Deutschlands leitende Kreise gewandt, er versetzte die Menge in solche Begeisterung, daß sie dem Kaiser am Tage der Kriegserklärung zujubelte. Aus der stillen Liebe zum Vaterlande haben die Schulmeister und die Zeitungen ein abscheuliches Zerrbild gemacht, die Zärtlichkeit haben sie in Hochmut, Habsucht und Haß verunstaltet. Und dieser gleiche Patriotismus hat uns veranlaßt, im Kriegszustand zu verharren, jeden Friedensvorschlag abzulehnen und bis zum Ende weiterzukämpfen ... Der wahre Schuldige ist der von allen kriegführenden Völkern hochgehaltene, angebetete, überspannte Patriotismus."

Yvonne litt unendlich. Mit allen Qualen der Gebärenden fühlte sie die Wahrheit in sich entstehen und wachsen. Alle eingelernten Formeln wurden inhaltslos. Sie begann zu begreifen, klar zu sehen.

Noch einmal lehnte sie sich auf:

„Mit welchen niederträchtigen Mitteln konnte man denn die Vaterlandsliebe in allen Seelen derart verzerren und von heute auf morgen alle Völker zu wütenden Narren machen?"

„Durch welches Mittel? Einzig durch die Lüge! Das ist die Mitschuldige. Zuerst hat man gelogen, um die Menschen in den wechselseitigen Haß hineinzuschwatzen. Man hat in den Kabinetten während der geheimnisvollen Sitzungen gelogen, in denen die Diplomaten ihre Fallen stellten. Man hat amtlich gelogen durch schamlose Anklagen und ungerechtfertigte Klagen. Jene, die den Krieg unvermeidlich zu machen wußten, haben gelogen, als sie vor Gott und den Menschen schworen, sie hätten die Mobilisierung nicht herbeigeführt noch gewollt. Und dann kroch die Lüge wie eine scheußliche Krankheit über die ganze Erdoberfläche. Von allen Seiten hat man unaufhörlich, unermüdlich gelogen. Die preußischen Generale verschwiegen ihren todgeweihten Heeren, daß sie nie und nimmer siegen könnten. Man belog das deutsche Volk, das von der Außenwelt abgeschnitten war und keine Nachricht von außen erhalten konnte ... Das Hinterland log, um die Kämpfer bei Kräften zu erhalten, die Kämpfer logen, um das Hinterland zu beruhigen. Der Sohn belog die Mutter, indem er ihr vorgaukelte, daß er nicht zu leiden habe. Die Gattin belog den Mann, entweder indem sie ihre Tränen verbarg, wenn er in die Feuerlinie abging, oder indem sie ihm die Treue vortäuschte. Die Verwundeten logen, indem sie Sehnsucht nach den Schützengräben heuchelten. Die zum Hilfsdienst Begnadeten logen, indem sie über ihre Kriegsuntauglichkeit, wenn er in die Feuerlinie abging, oder indem sie ihm ihre Leidenschaft für den Frontdienst ausposaunten. Man log, um den Feind zu schwächen, um seine Widerstandskraft zu vermindern. Drüben hat man behauptet, in Frankreich sei Revolution ausgebrochen. Bei uns hat man die deutschen Heere als feige, stets zur Uebergabe bereite Horden ausgeschrien. Man log, indem man alle Klagen verbot, indem man den Zeitungen, ja selbst den privaten Briefschreibern Optimismus zur strengen Pflicht machte. Man log, indem man die Greuel der Schlächtereien verbarg, die Möglichkeiten, dem Massenmord ein Ende zu machen, verschwieg. Man log, indem man die paar vernünftigen Leute knebelte, die inmitten des allgemeinen Wahnsinns ein nüchternes Wort wagten. Man log, als man die verschüchterten Verteidiger des Mitleids durch bezahlte Verleumder mundtot machen ließ. Jeder mußte lügen, um sich dem Netz der Spionage zu entziehen, das um alle gesponnen war. Man hat gelogen, gelogen, gelogen zu jeder Stunde, zu jeder Minute. Die Lüge war überall, auf allen Mienen, in aller Mund, sie war wie ein stinkender Qualm, der die Kehle zusammenschnürt. Und nicht ein einziger Mensch unter den Millionen durfte in diesen vier Jahren des Scheintodes ein Fenster zerschlagen, um ein wenig frische Luft hereinzulassen!"

Er hatte sich von der Kraft seiner Ueberzeugung fortreißen lassen. Er sprach aus voller Seele, namenlos erleichtert, sich endlich frei vor einem Wesen äußern zu können, das fähig war, ihn zu verstehen. Das junge Mädchen folgte ihm zitternd, mit verkrampften Händen. Wie recht hatte er doch! Wie hatte sie selbst im Kriege unter dieser schändlichen, überallhin verbreiteten Lüge gelitten, die sie erkannte, verabscheute und der sie sich aus Pflichtgefühl unterwarf! Ja, darin hatte er recht ... und vielleicht mit allem anderen auch. Sie war ganz unsicher geworden. Welche Vornehmheit lag in seinem Streben nach Gerechtigkeit, welcher Edelmut in dieser Anstrengung, alles zu begreifen! Und welche schöne jugendliche Begeisterung klang in seiner Stimme, lodcete in seinen Augen!

(Fortsetzung folgt.)

Wucher

Von Paul Packan.

Die Frage: was ist Wucher? ist schwer genug zu beantworten. In dem Paragraphen des Strafgesetzbuches, der vom Wucher handelt, heißt es: Wer unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit sich unverhältnismäßig hohe Vermögensvorteile verschafft (oder so ähnlich), wird wegen Wucher bestraft. Da steht der Laie machtlos vis-à-vis, und auch der Richter hat manchmal seine liebe Not, den rechten Weg und das richtige Urteil zu finden.

Zum Beispiel: In einem Lokal in Charlottenburg mußte kürzlich ein Gast für ein Glas Tee und eine dünne Scheibe Baumkuchen zweiundzwanzig Mark bezahlen. Zehn Mark für den Tee und zwölf Mark für den Kuchen. Diese Preise schienen ihm aber denn doch gar zu unverschämt und er lief aufs Gericht.

Man — das heißt, der einfache, gewöhnliche Mensch mit dem einfachen, gewöhnlichen Menschenverstand — sollte meinen, das wäre so recht ein Fressen für das Wuchergericht gewesen, das den Fall gern und gierig aufgegriffen und den wucherischen Gastwirt ganz gehörig beim Geldbeutel gepackt hätte.

Weit gefehlt! Das Wuchergericht sah die Sache von einem ganz anderen Gesichtspunkt an. Der Restaurateur hatte kühnlich behauptet, die dem Gaste abgeforderten Preise seien durchaus nicht zu hoch, und hatte von seinem Risiko gesprochen, von den außerordentlich hohen Geschäftsunkosten, und auch sonst noch allerhand konfuses Zeug mit der Miene des beleidigten Biedermannes zusammengeredet. Das Wuchergericht hatte Geduld genug, alle diese Ausführungen ruhig hinzunehmen und so viel Mitleid mit dem armen und geplagten Manne, daß es Zeugen hörte und Sachverständige befragte. Die Sachverständigen fanden zwar zwölf Mark für eine Scheibe Baumkuchen nicht unverschämt teuer, hielten es letzten Endes aber doch für geraten, sich hinter allerlei Vorbehalte zu verschanzen und dem Gericht anheimzustellen, einen Bücherrevisor zu hören, der über den Geschäftsgang des Restaurants, über die Einnahmen und die Unkosten aus den Büchern des Gastwirts Bericht erstatten sollte.

Das Gericht mit der Geduld eines Lammes — solche Richter wünsche ich mir auch, wenn ich mal wegen Wucher angeklagt werde, — gab wirklich dem Antrag Folge und vertagte die Verhandlung bis zur Vernehmung eines beeideten Bücherrevisors.

Ein anderes Beispiel: Ein Arbeiter, der beschäftigungslos war, handelte mit Weihnachtsbäumen. Da er ein wenig höhere Preise verlangte, als er nach seinem Einkauf zu fordern berechtigt war, zitierte man ihn flugs vor das Wuchergericht. Man fragte ihn nicht nach seinem Risiko, man forschte nicht nach der Notlage seiner Familie, sondern der Richter verdonnerte ihn einfach wegen Wucher, daß es nur so rauchte.

Und das von Rechts wegen und im Namen der Republik.

So!

Und nun weiß wenigstens jedermann, was Wucher ist!

Ein neuer Kommunal-Betrieb

Schlackensteinwerke zur Verarbeitung von Gaskoks-Schlacken.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Geh. Rat Prof. Dr. Kirchner tagte gestern im Rathaus der ständige Etatsausschuß. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Magistratsvorlage über die Errichtung von sogen. Schlackensteinwerken auf den städtischen Gaswerken zur Verarbeitung der Kokksschlacken zu Schlackensteinen für Bauzwecke in größerem Umfange zu empfehlen. Zunächst soll die frühere Trockengemüseanstalt neben dem Gaswerk in der Danziger Straße für diese Zwecke eingerichtet werden. Zum Berichterstatter wurde der Stadtverordnete Fabian (Dntl.) gewählt. Gleichzeitig stimmte der Ausschuß der Vorlage über Bewilligung eines Zuschusses zur Quäkerspeisung zu. Hierüber wird der Vorsitzende der Versammlung berichten.

•

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers, Dr. Caspari, trat der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlagen über den Erlaß eines Berliner Ortsgesetzes zur Regelung der Verhältniswahl der Stadtverordneten, die Bildung der Bezirksdeputationen und Zuwahl von Bürgerdeputierten zu den zentralen Verwaltungsdeputationen im Rathaus zusammen. Der Ausschuß lehnte die Vorlage ab, weil man das Ortsgesetz nach dem Wortlaut des Gesetzes für die Bildung der Stadtgemeinde Berlin nicht für erforderlich hält. Die Vorschläge des Magistrats hinsichtlich der zu wählenden Bürgerdeputierten für die zentralen Verwaltungsdeputationen wurden geändert. In mehreren Deputationen sollen nun statt 6 deren 10 gewählt werden; nur für Arbeit und Gewerbe sollen 20, für Hochbau 4 und für einige andere 6 gewählt werden.

Aus den Bezirken

Im Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg findet am Mittwoch, den 11. Januar, nachm. 6 Uhr, in der Aula der Heckert-Realschule, Weißenburger Str. 4a, Hof, rechter Aufgang, die Wahl des Vorstandes der Bezirksversammlung, der unbesoldeten Stadträte, sowie die Wahl von Mitgliedern der Bezirksversammlung zu den Verwaltungsdeputationen und die Wahl der Bürgerdeputierten statt.

•

Die vor einigen Tagen verbreiteten Meldungen über eine angeblich geschäftlich für die Stadt Berlin nachteilige Ausnutzung eines Lehmlagers am Wedding sind nunmehr nachgeprüft worden. Die Behauptung, daß das Bezirksamt Wedding, statt eine Einnahme von 400 000 M. für die Stadt hereinzuholen, der Stadt 400 000 M. Ausgaben verursacht habe, beruht auf völliger Unkenntnis der Tatsachen, wenn nicht auf böswilliger Erfindung.

•

Am Mittwoch, dem 4. Januar, trat die Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirkes Tiergarten zusammen. Bei der Wahl des Vorstandes beantragten die Vertreter der Volkspartei, zwei Stellvertreter des Vorstehers zu wählen, um dadurch allen bürgerlichen Parteien einen Sitz im Vorstand zu gewährleisten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Es verblieb mithin bei einem Stellvertreter. Als Vorsteher wurde der Deutschnationale Granas, als Stellvertreter der Volksparteiler Voß gewählt, während zum Schriftführer Genosse Richter und zu seinem Stellvertreter der Bürgerliche Wannowski gewählt wurde. Deutschnationale und Zentrum haben sich zu einer Fraktion vereinigt. Das gleiche taten die Demokraten mit den Wirtschaftsparteilern. Durch diese Verschmelzung fiel die S. P. D. bei der Besetzung des Bureaus aus.

Dann wurden die Ausschüsse gebildet, und zwar je einer zur Prüfung der Wahlen der Bezirksverordneten, zur Begutachtung der Vorlagen wegen Anstellung oder Pensionierung von besoldeten Gemeindebeamten und Lehrern, für die Wahl von Beamten und die Verteilung der Stadt- und Bezirksverordneten auf die Stadtbezirke. Ferner für Bittgesuche und Rechnungssachen. In diese Ausschüsse entsendet die U. S. P. je zwei Vertreter. Für den zweiten Ausschuß haben wir einen Sitz an die Kommunisten abgegeben, die infolge ihrer zahlenmäßigen Schwäche einen Anspruch auf Vertretung nicht hatten. Eine Vorlage betreffend Bildung von Deputationen bei dem Bezirksamt Tiergarten ging dann an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern, dem zwei Genossen angehören.

Eine interessante Auseinandersetzung gab es bei der Behandlung der Einbürgerungsgesuche. Hier war es Herr Klinkhardt von der Volkspartei, der Einwendungen machte, die eine stark antisemitische Tendenz hatten. Er wollte namens seiner Partei diese Gesuche nur insoweit befürworten, als es sich um Leute mit arisch klingendem Namen handelte. Ihm wurde von der linken Seite der Versammlung gebührend geantwortet.

Die Krankenabfertigung bei den Krankenkassen

Uns wird geschrieben: Die Abfertigung der erkrankten Mitglieder der hiesigen Ortskrankenkassen ist außerordentlich umständlich und zeitraubend. Erkrankt ein Mitglied, so muß es sich erst einen Schein von seinem Arbeitgeber oder von der Kasse beschaffen. Ueberweist nun der angerufene Arzt den Kranken an einen Spezialarzt oder zur Vornahme von Bädern, Bestrahlungen usw. an einen anderen Arzt oder auch an die ärztlich geleitete und vom Krankenkassenverband eingerichtete Anstalt für Röntgenologie, so muß der Kranke auch diese Ueberweisung wieder im Kassenlokal abstempeln lassen. Erfolgt diese Ueberweisung nur für ein Bad, Bestrahlung oder dergl., so wiederholt sich die Abstempelung nach jeder neuen Ueberweisung. Dazu kommt, daß, trotzdem die eigentliche Behandlung diese Anstalt leistet und trotzdem diese Anstalt auch von approbierten Aerzten geleitet wird, doch nach jeder Bestrahlung der Arzt wieder aufgesucht werden muß und jeden Monat der Krankenschein (Ausweis) erneuert werden muß.

In anderen Orten wird dies für die Mitglieder bequemer gehandhabt. In Kiel z. B. geht das Mitglied ohne jeden Ausweis zum Arzt, der die Untersuchung vornimmt. Dieser bestellt den Patienten für den zweiten oder dritten Tag wieder. Inzwischen schickt der Arzt täglich ein Verzeichnis der ihn erstmalig aufsuchenden Patienten an die Kasse, die sofort feststellt, ob der Patient wirklich Mitglied ist, und dem Arzt davon sofort Mitteilung macht. Mitglieder werden dann ruhig weiter behandelt, Nichtmitglieder behandelt der Arzt dann als Privatpatienten.

Der einmal ausgestellte Krankenschein könnte auch hier ohne Weiterungen bis zur Beendigung der Behandlung, im äußersten Falle bis zur Beendigung der Leistungen gelten, da die Kasse selbst dann die Behandlung weitergewähren muß, wenn der Kranke inzwischen aus der Kasse ausgeschieden sein sollte.

Geradezu unverständlich ist aber bei Ueberweisung an ein ärztlich geleitetes Institut wie die Anstalt des Krankenkassenverbandes in der Alexanderstr. 39-40 die fernere Inanspruchnahme des ersten Arztes, der doch gar nichts mehr leistet.

Das hier angewandte Verfahren wird damit begründet, daß es zur Verrechnung der Honorargebühren für die Aerzte notwendig sei. Dieser Grund ist aber nicht hinreichend, den Mitgliedern derartige zeitraubende und oftmals Geld kostende Umstände zu bereiten. Es kann bei einigem guten Willen, den man bei der Leitung der Kasse voraussetzen kann, nicht schwer sein, ein Verfahren durchzuführen, das die Abfertigung der erkrankten Kassenmitglieder vereinfacht.

42 822 Handwerksbetriebe in Groß-Berlin

Die Handwerkskammer zu Berlin hat die Veranlagung der Handwerksbetriebe zu den Kosten der Handwerkskammer für das Rechnungsjahr 1921/22 durchgeführt. Es haben sich dabei in Groß-Berlin insgesamt 42 822 Handwerksbetriebe ergeben, die ein Gewerbesteuersoll von 2 963 107 und für die Kammer ein Beitragssoll von 2 222 330 Mark aufweisen. Mehr als die Hälfte der Handwerksbetriebe entfällt auf Alt-Berlin. Die Verwaltungsbezirke 1—6 zählen 23 091 veranlagte Betriebe; ferner weisen an Handwerksbetrieben auf: Charlottenburg 3260, Spandau 1025, Wilmersdorf 1419, Zehlendorf 264, Schöneberg 2945, Steglitz 1281, Tempelhof 742, Neukölln 2834, Treptow 862, Köpenick 769, Lichtenberg 1094, Weißensee 581, Pankow 946 und Reinickendorf 859. Auf den zum Bezirk der Handwerkskammer zu Berlin gleichfalls gehörenden Regierungsbezirk Potsdam entfallen 13 290 Handwerksbetriebe mit einem Gewerbesteuersoll von 393 494 M. und einem Beitragssoll von 295 120 M. Insgesamt unterstehen der Handwerkskammer zu Berlin 56 112 Handwerksbetriebe mit einem Beitragssoll von 2 517 450 M., was gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 852 516 M. bedeutet.

Die Einwohner der europäischen Länder

Die Zahl der Einwohner in den Ländern Europas hat jetzt das Statistische Reichsamt nach der Aufteilung Oberschlesiens festgestellt. Das Deutsche Reich hat dort ein Gebiet verloren, das nach der letzten Volkszählung 980 296 Einwohner zählte. Die Bevölkerung des Reiches betrug demnach an jenem Tage, am 8. Oktober 1919, 59 857 283. Durch Einwanderung und Geburtenüberschuß hat sie sich inzwischen auf rund 62 Millionen vermehrt. Uebertroffen wird Deutschland nur von Rußland, das in Europa 101 Millionen Einwohner zählt. An dritter Stelle folgt Großbritannien, vorläufig mit Irland, mit 47,3 Millionen, Italien mit 39,5. Es hat Frankreich mit nur 39,2 überholt. Zu diesen fünf großen Ländern kommen fünf mittlerer Größe mit 10 bis 30 Millionen: Polen 29, Spanien 20, Rumänien 15,4, Jugoslawien 14,5 und die Tschecho-Slowakei mit 13,6 Millionen. Alle übrigen Länder sind zu den kleinen Staaten zu rechnen: Ungarn 7,48, Belgien 7,62, Niederlande 6,84, Deutschösterreich 6,13, Portugal 5,96, Schweden 5,81, Griechenland 5,60, Bulgarien 4,86, Litauen 4,80, die Schweiz 3,89, Finnland 3,33, Dänemark 3,27, Norwegen 2,45, Estland 1,75, Lettland 1,73, die Türkei in Europa 1,25, alle übrigen Länder 1,57 Millionen.

„Die Freie Welt" kann der „Freiheit" heute nicht beigelegt werden, da die mangelhafte Papierbelieferung es nicht gestattet. Die heute fällige Nummer wird in den nächsten Tagen nachgetragen werden.

Städtische Volksspeisung. Der Magistrat hat den Preis des Essens aus der städtischen Volksspeisung auf 4 M. für die ganze und 2 M. für die halbe Portion festgesetzt. Minderbemittelte, sowie bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene können das Essen zum Preise von 2 M. für die ganze, 1 M. für die halbe Portion gegen die eingeführte besondere Ausweiskarte zur Erlangung verbilligten Essens beziehen. Die Erhöhung tritt vom 16. Januar ab in Kraft.

Tariferhöhung der Omnibusgesellschaft. Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft wird ihren Tarif auf 2, 3 und 4 Mark erhöhen. Die Omnibusgesellschaft hat die der Elektrobusgesellschaft vom Berliner Polizeipräsidium erteilten Konzessionen zum Betriebe von 3 Omnibuslinien gegen eine Abfindung erworben und wird diese Linien mit Elektrobussen eröffnen, da diese bei der herrschenden Brennstoffsteuerung die wirtschaftlichere Betriebsform darstellen.

Schiebungen beim Kraftverkehrsamt in den Marken liegen einer umfangreichen Anklage wegen Wuchers zugrunde, welche am kommenden Mittwoch das Wuchergericht des Landgerichts II beschäftigen wird. Angeklagt sind folgende Personen: Der Direktor des Kraftverkehrsamts Max Müller, der Schlächtermeister Hans Niemann, der Kaufmann Ernst Enke, der Kaufmann Richard Bischof, der Ingenieur Karl Heinrich, der Buchhändler Paul Kalinowski und der Kaufmann Johann Debring. — Die Angeklagten werden beschuldigt, mindestens 30 000 Liter Benzol, welches dem Verkehrsamt überwiesen worden war, zu Wucherpreisen verschoben zu haben. Wir werden über den Prozeß berichten.

Tod eines Kindes durch Verbrühen mit Kaffee. Mit heißem Kaffee verbrüht hat sich ein 1½ Jahre altes Mädchen Lucie Ludwig, das bei einer Familie Helfe in der Richardstraße 49 zu Neukölln in Pflege war. Die Kleine riß in einem unbewachten Augenblick eine auf dem Tische stehende, mit frischaufgebrühtem Kaffe gefüllte Kanne um. Der Inhalt goß sich über das Kind und verbrannte es so schwer, daß es seinen Verletzungen bald darauf erlag.

Ausdehnung des Umsteigeverkehrs

Weitere Erhöhung der Stadtbahn-Tarife?

Die zwischen Straßenbahn und Hochbahn in Aussicht genommenen Umsteigefahrscheine sollen, wie das Achtuhr-Abendblatt meldet, auch auf die andern Mitglieder der neuen Tarifgemeinschaft, also auf die Omnibusgesellschaft und auf die Stadtbahn mit der Zeit Anwendung finden. Soweit die Omnibusse in Frage kommen, ist eine Regelung freilich nicht ganz einfach, da bei der Autoomnibusgesellschaft, wie wir an anderer Stelle berichten, die Absicht besteht, die Fahrpreise auf 2, 3 und 4 Mark zu stellen, während der Umsteigefahrschein zum Preise von 3 Mark ausgegeben werden soll. Anders bei der Stadtbahn, auf der die Fahrt in der dritten Klasse mit 2, in der zweiten mit 3 Mark in Aussicht genommen wird. Der Umsteigefahrschein wird dann für eine Fahrt in der dritten Klasse Geltung haben. Es steht übrigens noch nicht ganz fest, ob die Eisenbahndirektion den genannten Fahrpreis für die Stadtbahnfahrten einführen oder ob dieser sich nicht noch höher gestalten wird. Die Regelung des Stadtbahntarifes ist, da die Stadtbahn zur Reichsbahn gehört, nämlich ebenso von der Forderung der Entente auf Erhöhung unserer Eisenbahntarife abhängig wie die Tarife der übrigen Teile der Reichseisenbahn. Das Defizit von 800 Millionen Mark, das das Budget der Berliner Stadtbahn augenblicklich aufweist, wird aber durch den 2- und 3-Markt arif noch lange nicht gedeckt.

Volkshochschule Groß-Berlin

Heute, Dienstag, beginnen folgende Kurse und Arbeitsgemeinschaften: Schmidt, Wirtschaftsformen der Naturvölker, 7½ Uhr, Georgenstr. 34—36. — Lohre, Der reife Goethe, 7½ Uhr, Universität, Auladgebäude. — Fuchs, Mathematik II, 7 Uhr; Levy, Logische Uebungen, 7 Uhr, Reichstagsufer 6. — Jänichen, Mathematik IV, 7½ Uhr, Bochumer Str. 6b. — Kluge, Mathematik II, 7 Uhr; Solger, Geschichte des Lebens auf der Erde, 7½ Uhr; Werner, Renaissancekunst II, 8 Uhr, Gleimstr. 49. — Spindler, Botanisch-mikroskopische Uebungen, 7 Uhr, Pasteuerstr. 44. — Müller-Lichtenberg, Zierformen, 7 Uhr, Lichtenberg, Parkaue 12. — Besser, Allgem. Verfassungsgeschichte II, 8 Uhr, Lichtenberg, Rathausstraße 8. — Müller-Neuhaus, Wirtschaftsleben II, 7 Uhr; Hildebrandt, Erziehungsideale, 7 Uhr, Oberschöneweide, Zeppelinstr. 11. — Rohrberg, Geometrie, 7 Uhr; Busse, Dante, 7½ Uhr; Dietrich, Beschreibung und Erklärung, 7½ Uhr, Treptow, Neue Krugallee 5. — Kuschzigk, Zoologisch-mikroskopische Uebungen, 7 Uhr; Rolle, Gesangübungen, 7 Uhr, Neukölln, Berliner Str. 10. — Lau, Kinder- und Jugendpsychologie, 7½ Uhr; Oppenheimer, Die Frau in Kultur und Wirtschaft II, 7½ Uhr, Neukölln, Boddinstraße 34/38. — Kempka, Motor und Dynamo, 7 Uhr; Schaefer, Haus und Familienhygiene, 7½ Uhr, Mittenwalder Str. 34/37. — Wippermann, Mathematik IV, 7½ Uhr, Schöneberg, Barbarossaplatz 5. — Stein, Soziologie, 7 Uhr; Hermann, Hauptprobleme des Religiösen Lebens, 7½ Uhr; Krohn, Deutsche Dörfer und Städte, 8 Uhr, Schöneberg, Belziger Str. 48/52. — Heymer, Praktischer Kunstkurs für Fortgeschrittene, 7½ Uhr, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 22. — Ewald, Baugeschichte Berlins, 8 Uhr, Friedenau, Gymnasium Manbachplatz. — Pappenheim, Chemie der Metalle, 8 Uhr, Lichterfelde, Ringstr. 3. — Marquardt, Sozialismus, 8 Uhr, Lichterfelde, Berliner Str. 41. — Kölle, Weltgeschichte II, 8 Uhr, Steglitz, Gymnasium Heesestr. — Sievers: Das alte Japan, 7½ Uhr, Wilmersdorf, Oberrealschule Hindenburgstraße. — Schulze, Experimentalphysik II, 7 Uhr; Sachs, J. S. Bach, 7½ Uhr; Sternberg, Erkenntnislehre, 7½ Uhr, Wilmersdorf, Uhlandstr. 91-92. — Elsässer, Mathematik V, 6¾ Uhr; Barkow, Angewandte Wärmelehre II, 6¾ Uhr, Charlottenburg, Schillerstraße 22. — Mersmann, Haydn und Mozart, 7 Uhr, derselbe, Die Oper, 8½ Uhr, Tegel, Tresckowstr. 26/31. — Hurwitz, Mathematik I, 7½ Uhr; Behne, Kunstbetrachtung, 8 Uhr, Reinickendorf-Ost, Berner Str. — Feigel, Der junge Goethe, 7 Uhr, Mariendorf, Gemeindeschule Königstr. — Jensen, Stilkunde, 8 Uhr, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 22.

Eine verhängnisvolle Gehaltsaufbesserung

Wie jemand durch eine Gehaltserhöhung in eine gewisse Notlage geraten kann, zeigte eine Verhandlung vor dem Schwurgericht am Landgericht I wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde und Betruges gegenüber dem Eisenbahnfiskus. Die Handlungsgehilfin Anna Grunder benutzte seinerzeit zur Eisenbahnfahrt nach ihrer in Hennigsdorf gelegenen Arbeitsstätte immer Wochenkarten. Eines Tages wurde nun ihre Wochenkarte als gefälscht angehalten. Wie festgestellt wurde, hatte die Angeklagte aus einer Eins eine Vier gemacht, so daß aus der 31. bereits abgelaufenen Woche die 34. gerade gültige Woche geworden war. Im Hinblick auf die schwerwiegende Anklage, die selbstverständlich die Folge dieser Handlung bildete, wies Rechtsanwalt Dr. Fagg darauf hin, daß die Angeklagte in eine gewisse Notlage dadurch geraten sei, daß sie plötzlich in eine höhere Gehaltsstufe kam und infolgedessen statt des bisherigen Wochenlohnes ein Monatsgehalt erhielt, ihre Einkünfte also mit einem Male für mehrere Wochen zunächst ausblieben. Angesichts der Geldklemme sei sie nicht in der Lage gewesen, sich die erforderlichen Fahrkarten nach ihrer Arbeitsstätte zu kaufen und so sei sie zu der Fälschung gekommen, anstatt sich allerdings einen Vorschuß zu nehmen. Im übrigen gäbe es wohl wenige, die eine Fahrkarte für eine derartige öffentliche Urkunde hielten, daß ihre Fälschung vom Schwurgericht unter Umständen mit Zuchthaus zu ahnden sei. Die Geschworenen bewilligten auch bei ihrem Schuldig mildernde Umstände und baten überdies selbst das Gericht um Begnadigung. Das Gericht erkannte demgemäß nur auf drei Monate Gefängnis und vorläufige Strafaussetzung mit der Aussicht auf spätere Begnadigung.

Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort! In dem historischen Schutt, der uns von dem alten Regime überkommen ist, finden sich zahlreiche Dinge, für die dem modernen Menschen das Empfinden fehlt. Namentlich die Privilegien, Vorrechte und Gerechtsame muten den unbefangenen Menschen ganz ungeheuerlich an. Ein Kapitel für sich sind die Fischereiprivilegien, die vor den städtischen Grundstücken von den Fischerinnungen ausgeübt werden. Diese haben z. B. das Recht an dem vor dem Grundstück wachsenden Schilf, was die Stadt in ihrer Verfügung außerordentlich beeinträchtigt. Diese Fischereiprivilegien können aber nur dann abgelöst werden, wenn die Fischereiberechtigten für sich und ihre Rechtsnachfolger freiwillig darauf verzichten. Den Rahnsdorfer Fischereiberechtigten z. B. ist das Privileg im Jahre 1519 vom Kurfürsten Joachim I. verliehen worden, und zwar „für ewige (!) Zeiten die Fischerei auf den im Privileg bezeichneten Gewässern frei, offen und ung störtausüben zu dürfen". Schon vor dem Kriege hat man versucht, diese für die Allgemeinheit lästigen Gerechtsame zu beseitigen. Aber die Gerichte können nicht dagegen an; das Kammergericht hat wiederholt die Rechtsgültigkeit derartiger Privilegien bestätigen müssen. Woraus zugleich hervorgeht, daß z. B. das vor fast einem halben Jahrtausend von einem Hohenzollern aus dem Handgelenk ausgeübte „Recht auf ewige Zeiten" die Republik bindet, die in Ehrfurcht erstirbt.

L.

Liebestragödie eines Reichsbankrats. Gestern vormittag teilten Bewohner des Hauses Suarezstraße 44 in Charlottenburg der Kriminalpolizei mit, daß sie den dort wohnenden pensionierten Reichsbankrat Friedrich Holler bereits seit drei Tagen nicht mehr gesehen hätten. Nach gewaltsamer Oeffnung der Behausung fand man Holler und seine Geliebte, die neunzehnjährige Käthe Zeitz, tot auf. Holler hatte, wie aus einem hinterlassenen Briefe hervorgeht, seine Geliebte mit deren Einverständnis durch einen Schuß ins Herz und dann sich selbst durch eine Kugel in die rechte Schläfe getötet, und zwar aus finanziellen Schwierigkeiten.

Gewerkschaftliches

Die gewerkschaftliche Zentralisierung des Bildungswesens

Mit vielem System und weitgehender Inanspruchnahme der proletarischen Opferwilligkeit hat die belgische Arbeiterbewegung ihre Bildungsarbeit zu organisieren gewußt. Bemerkenswert ist, daß hier viel früher als anderwärts an die Gründung einer zentralen Stelle für sämtliche Angelegenheiten des Bildungswesens geschritten worden ist. Es ist lohnend, einen Blick auf ihren Aufbau zu werfen und besonders auch zu erfahren, wie hier das finanzielle Problem angepackt wurde.

Im Jahre 1911 ist von dem belgischen sozialistischen Parteivorstand, der Gewerkschaftskommission und den Genossenschaften der Beschluß gefaßt worden, in der „Centrale d'Education Ouvriere" (Zentrale für Arbeitererziehung) ein besonderes Organ für alle Bildungsangelegenheiten zu schaffen. Nach den Jahresberichten der Gewerkschaftskommission sind auch die glücklichen Resultate der gebrachten Opfer bereits deutlich erkennbar, indem die vermöge ihrer sachgemäßen Durchbildung zur Führung berufenen Elemente innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in diesen letzten Jahren einen erfreulichen Zuwachs erfuhren.

Die notwendigen Mittel wurden seinerzeit größtenteils von zwei der Arbeiterbewegung sympathisch gesinnten bürgerlichen Spendern aufgebracht. Der so gewonnene Fonds sollte dann aus den Beiträgen der einzelnen Arbeitergruppen fortlaufend ergänzt werden, und es galt als Ehrensache, je früher dahin zu gelangen, daß die Anstalt ganz auf den Schultern der Arbeiterorganisationen, für die sie geschaffen worden war, ruhe. So wurde im Jahre 1920 der Beschluß gefaßt, daß die Finanzierungsfrage ein für allemal zur Sache der Gewerkschaftskommission gemacht werde. Diese nahm es auf sich, für den größten Teil des Budgets aufzukommen und den Restbetrag je nach Bedarf und Leistungsfähigkeit in Form besonderer Kontributionen bei den einzelnen Gewerkschaften einzutreiben. Es haben besonders die Berg- und Metallarbeiter namhafte Beträge geleistet.

Das belgische Beispiel hat, wenngleich ziemlich viel später, im April 1921 anläßlich einer nationalen Konferenz über die geistige Entwicklung der Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten Nachahmung gefunden, indem als Hauptergebnis der Beratungen die Schaffung eines Zentralen Bureaus für sämtliche Bildungsangelegenheiten unverzüglich beschlossen worden ist. Auf dem Kongreß waren 26 Verbände vertreten, nebe den Gewerkschaften auch die bereits bestehenden Arbeiterhochschulen usw. Bei dem Tiefstand von Wissen in politischen und ökonomischen Dingen innerhalb der amerikanischen Arbeiterschaft und speziell innerhalb der Gewerkschaften, die fast alle ihre Mittel und ihre Kräfte zur Abwehr der gerichtlichen Anschläge verausgaben, wäre es zu begrüßen, wenn hier systematisch Bildungsarbeit getrieben werden würde. Nur die sozialistische Partei in Amerika hat auf diesem Gebiet Einiges geschaffen. Insbesondere ist die von einem Genossen gestiftete „Rand Schule" in New-York bekannt geworden, der in der letzten Zeit durch die kommunistischen Umtriebe Schwierigkeiten in ihrem Lehrbetriebe erwachsen sind.

Die englische Arbeiterschaft besitzt gleichfalls in der „Workers Education Association" eine Zentralstelle für ihre gesamten Bildungsangelegenheiten, die schon seit einiger Zeit eine äußerst erfolgreiche Wirksamkeit entfaltet, indem sie die sehr zersplitterten Bildungseinrichtungen und -bestrebungen in ein strafferes System zusammengefaßt hat.

Bei uns in Berlin sind dieselben Bestrebungen im Gange. Bekannt sind die Kurse der politischen Parteien, der Berliner Gewerkschaftsschule, der Betriebsrätezentrale und der großzügigen zentralen Organisation der Berliner Volkshochschule, und bekannt dürfte auch sein, daß versucht wird, die Berliner Gewerkschaftsbibliotheken zusammenzulegen und sie zentral zu verwalten.

Die Großzügigkeit der Post

Wie die Postverwaltung die verantwortlichsten Leistungen ihrer wahrhaft nicht auf Rosen gebetteten Beamten entgeltet, zeigt folgender Vorfall: Am 30. und 31. Dezember v. J. zahlte ein Postsekretär beim Postscheckamt Berlin zusammen ungefähr 250 Stück Kassenscheds im Gesamtbetrage von 2,5 Millionen Mark an das Publikum aus. Als Vergütung für etwa entstehendes Manko wurde ein Betrag von, sage und schreibe, 0,40 M. gezahlt.

Wer den Betrieb bei der Zahlstelle des hiesigen Postscheckamts kennt, weiß, wie aufreibend und verantwortlich der Dienst ist. Jeder Beamte zahlt monatlich durchschnittlich 20 Millionen Mark aus und erhält als Vergütung für entstehende Minderbeträge monatlich 25 Mark Kassenausfälle. Da die Zahlungen des häufigen Andranges wegen meist mit großer Hast geschehen müssen, werden von den Zahlbeamten häufig größere Minderbeträge gemacht, für die die Beamten in jedem Falle ersatzpflichtig gemacht werden.

Im Jahre 1920 sind beim Postscheckamt beispielsweise nicht weniger als 45000 Mark Minderbeträge zu verzeichnen gewesen.

Diese Arbeit und Verantwortlichkeit ihrer Beamten lohnt die Postverwaltung mit derartig lächerlichen Vergütungen.

USP.-Betriebsräte der Metallindustrie

Heute, Dienstag, den 10. Januar 1922, abends 6 Uhr, findet in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße, die Betriebsräte-Versammlung der Metall-Industrie statt.

Tagesordnung: Bericht vom Betriebsräte-Kongreß in Leipzig.

Es werden alle Genossen aufgefordert, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Soziale Verständnislosigkeit

Die Firma F. u. M. Lautenschläger, Chausseestraße 92, gehört zu den Firmen der Chirurgiemechanik, die während des Krieges durch Heereslieferung gut verdiente und auch jetzt noch sehr rentable Valutageschäfte macht. Angestellte und Arbeiter werden nach Kräften angespannt, das soziale Verständnis aber geht der Firma in hohem Grade ab. Besonders unangenehm ist der Firma die gewerkschaftliche Betätigung ihrer Arbeitnehmer. Wer sich untersteht, in diesem Sinne tätig zu sein, wird mit sofortiger Entlassung bedroht. Leider findet die Firma eine passive Unterstützung durch eine Anzahl von Arbeiter und Angestellten, die zum Teil gelb, zum Teil gar nicht organisiert sind.

Gelegentlich des letzten Streiks der kaufmännischen Angestellten im Oktober vorigen Jahres fanden sich einige Angestellte, die Streikbrecherdienste leisteten und sich nicht genierten, sich durch Anklammern an das Privatauto des Herren Lautenschläger in den Betrieb hineinschleifen zu lassen. Aufgabe der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten wird es sein, die noch Abseitsstehenden auf das Unverantwortliche ihrer Haltung hinzuweisen und die fernstehenden Arbeiter dem Deutschen Metallarbeiterverband, die in Frage kommenden Angestellten dem Zentralverband der Angestellten als Mitglieder zuzuführen, im Interesse des Vorwärtskommens der gesamten Belegschaft.

Zum Streik der Berliner Mühlenarbeiter

Auf Grund des § 21 der Verordnung vom 23. November 1918 und unter Hinweis auf die Strafbestimmungen obiger Verordnung waren die beiderseitigen Parteien am Sonnabend, den 7. Januar 1922, vor den Schlichtungsausschuß geladen worden, um eine Einigung zwecks Beilegung des Streiks herbeizuführen.

In einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung der Streikenden berichtete die Streikleitung über das Ergebnis der Verhandlung. Von allen Diskussionsrednern wurde der unter dem Vorsitz des unparteiischen Assessor Körner zuwege gebrachte Vergleichsvorschlag als unzureichend abgelehnt. Mit dem Bewußtsein sei man in den Streik getreten, daß die Anrufung des Schlichtungsausschusses zur Beilegung der schwebenden Differenzen überhaupt zwecklos sei. Aus allen in der letzten Zeit gefällten Schiedssprüchen vor den Schlichtungsausschüssen sei niemals zum Durchbruch gekommen, daß durch die Verteuerung im allgemeinen der Arbeiter nicht darunter leiden dürfe und dementsprechend die Löhne erhöht werden müßten.

Wenn heute die Mühlenbesitzer vor dem Schlichtungsausschuß den Arbeitern glauben machen wollen, daß die erhöhten Löhne wesentlich an der Verteuerung mit Schuld sind, so befinden sie sich da in einem großen Irrtum. Börsenspekulationen sind die treibenden Kräfte. Damit sind die Argumente der Mühlenbesitzer, an den hohen Löhnen liegt die Verteuerung, treffend widerlegt. Die Streikenden wissen ganz genau, daß man die mit der Herstellung von Mehl beschäftigten Arbeiter nicht allzulange dem Produktionsprozeß entziehen kann, ohne daß andere Komplikationen dadurch entstehen können. Um dieses letztere zu vermeiden, sind die Streikenden bereit, Konzessionen zu machen. Das besagt auch ein vor dem Schlichtungsausschuß schon gestellter und von Schumacher wieder eingebrachter Antrag, der von den Streikenden einstimmig angenommen wurde. In demselben wird verlangt, daß die Parteien nochmals zusammentreten sollen. Von der sofortigen Erhöhung von 600 M. wird Abstand genommen. Verlangt wird ab 16. Dezember 1921 ein Lohn von 565 M. für die Gelernten, für die Ungelernten 555 M. und für die Frauen von 400 M. Ab 1. Februar 1922 sind die Löhne auf 440 M. bzw. 500 bzw. 600 M. zu erhöhen.

Arbeitsaufnahme der Zimmerer!

Laut Beschluß des Verbandes der Baugeschäfte und des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend, ist die Arbeit am Mittwoch, den 11. d. M., früh in allen bisher bestreikten und ausgesperrten Betrieben wieder aufzunehmen. Alle Verbandskameraden haben sich infolgedessen morgens pünktlich bei ihrem zuletzt beschäftigt gewesenen Arbeitgeber zu melden. Falls bei der Einstellung Schwierigkeiten gemacht werden, ist sofort dem Bureau davon Mitteilung zu machen.

Außerdem bitten wir alle Streikleitungen im Laufe des heutigen Tages (10. Januar) einen Mann zwecks Information über die nächste Auszahlung der Streikunterstützung hierher ins Bureau zu schicken. — Der Vorstand.

*

Wie wir hören, ist auch der Bauarbeiterstreik durch Verhandlungen beigelegt worden. Die Arbeitsaufnahme soll Mittwoch vor sich gehen.

Jugendbewegung

Soz. Proletarierjugend. Zentrale: Donnerstag Sprechstunde. Zeitung und neue Broschüre abholen. — Sonnabend, den 14. Januar, Uebungsstunde des Gesangchors. Alle stimmbegabten Jugendgenossinnen und -genossen müssen erscheinen. — **Gesundbrunnen.** Dienstag, Gothenburger Straße (Rote Schule). Freitag, Ledigenheim, Ohrstraße, Vortrag: „Was ist Sozialismus?" Sonntag Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — **Ortsgruppe Tempelhof-Mariendorf.** Mittwoch Leseabend. Gäste willkommen. Mittwoch, den 18. Januar, Vortrags- und Diskussionsabend über Arbeiterjugend und sexuelle Frage. Mittwoch, den 25. Januar, Lieder- und Spielabend. Instrumente sind mitzubringen. Gäste willkommen.

Parteiveranstaltungen

Dienstag, 10. Januar

Britz. Abends 1/8 Uhr spricht in der Schulaula Bürgerstraße Berufsberater Herr Künsch über „Die Berufsberatung". Rege Beteiligung wird erwartet.

Mittwoch, 11. Januar

5. Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt, 6. Abteilung. Gemeinschaftlicher Zahlabend bei F. Toepper, Rigaer Str. 65. Bezirksführer einladen.

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof usw.). Nachm. 5 Uhr Fraktionssitzung mit Obmann der Kommunalen Kommission in Tempelhof, Dorfstr. 42, 2 Tr., Z. 53.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Baumschulenweg. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung bei August Kranse, Kiefholz-, Ecke Marienthaler Straße. Vortrag der Genossin Krische über Sozialismus und Geschlecht. Neuwahl des Abteilungsvorstandes. Die Genossen werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Treptow. Der Zahlabend findet wie üblich heute (nicht Dienstag), abends 7 Uhr, bei Pfeffer, Grätzstr. 11, für alle Bezirke statt.

11. Distrikt, 2. Abteilung. Der Zahlabend findet von jetzt ab nicht mehr bei Schöngalla, KnipRodestr. 11-12, sondern bei Tottleben, Allensteiner Str. 23, statt. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Scheaf.

14. Distrikt, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Pomeleit, Jessnerstr. 7.

16. Distrikt, 2. und 3. Abteilung. Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Hoffmann, Stralauer Allee, Ecke Markgrafenstraße. Vortrag des Gen. Dahlke.

18. Distrikt, 5. Abteilung. Zahlabend bei Lehmann, Hallesches Ufer 14. Referat des Gen. Herm. Weiße: „Leipzig zur Verständigungsfrage".

Neukölln (Bezirk Köllnische Heide). Abends 7½ Uhr Zahlabend, Siedlung am Dammweg, Gasthof Bärwinkel. Referat des Gen. Radike: Rückblick und Ausblick. Die Siedler der umliegenden Laubenkolonien sind eingeladen.

Distrikt Spandau. Abends 7½ Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen: 1. im Rest. Afrikaner, Fischerstraße; 2. im Rest. Arbeiterheim, Bismarckstr. 6; 3. bei Selgoleit, Falkenhagener Str. 53; 4. und 5. bei Kohlschmidt; 6. im Rest. zum Nordhafen, Streitstraße; 7. bei Herrmann, Hamburger Str. 15; 8. bei Hellig, Seeburger Straße; 9. bei Wind, Pichelsdorfer Str. 5; 10. bei Haffenfelder, Pichelsdorfer Str. 47; Abteilung Siemensstadt bei Mischke, Staaken, in der Gartenstadtschule.

Lichtenberg-Stadt, 5. Viertel. Abends 7 Uhr Viertelszahlabend bei Tempel, Gubenerstr. 7.

Mariendorf. Abends 7½ Uhr gemeinsamer Zahlabend in der Schulaula Königstraße.

Lichterfelde. Abends 7½ Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Fleischer, Böckstr. 7.

Verwaltungsbezirk Köpenick, Adlershof, Alt-Glienicke, Johannisthal, Köpenick, Alpenberge und Schöneweide. Gemeinsamer Zahlabend beim Genossen Pohle, Siemensstraße. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es unbedingt notwendig, daß ein jeder Genosse erscheint.

Lichtenau. Abends 8 Uhr Zahlabend beim Gen. Mohrenberg, Hauptstr. 11.

Vereinskalender

Dienstag, 10. Januar

Zentralverband der Angestellten. Kohlen. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung, Restaurant Tucher, Friedrichstr. 100.

Berliner Arbeiter-Schachklub, Gruppe 1. Abends 1/8 Uhr Vortrag über die Geschichte des Schachs, Sonntagstr. 32, Ecke Lenbachstraße. Alle Arbeitersportler sind eingeladen.

Mittwoch, 11. Januar

Zentralverband der Angestellten. Warenhäuser. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung, Musikerschule, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — **Opt. und phot. Gesch.** Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung, Zweigbureau, Kommandantenstr. 63-64.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Kuder, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kemeriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Unser Inventur-Ausverkauf 4.-18. Jan. Unerhört billig!

Trotzdem der Andrang in der ersten Woche während unseres Inventur-Ausverkaufs wegen der rücksichtslos billigen Preise ganz enorm war, haben wir doch noch kolossal große Posten Stiefel und Schuhe zu den angebotenen fabelhaft billigen Preisen. Wir bringen auch in den feinen, ganz erstklassigen Herren- und Damen-Sachen enorm große Auswahl zu billigen Preisen.

Wir führen 500 Sorten Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel und Halbschuhe. Unser Lager beträgt über 25000 Paar.

Kommen Sie zu uns und besichtigen Sie unsere 11 Schaufenster und unsere billigen Preise bei guter Ware.

Nur wenige Beispiele:

Herren-Stiefel

Alle Größen, ca. 800 Paar, m. Lederbrandsohl.

Schön. Straßenstiefel Rindleder mit Sportnarbe, sehr haltbar 158.00

Echt Boxrind u. braun Boxrind, sehr hübsch. u. halb. mod. br. Form 198.00

Original Goodyear-Welt, echt Chevreau 298.— 268.00

Echt Boxrind-Knab.-Stiefel, 37—39, mit Spaltlederbrandsohl. 148.00

Feine Luxussachen mit Stoffeinsatz in Lack und Leder in großer Auswahl billig.

Halbschuhe

Schnürschuhe 39-41 Bindeschuhe 35-36, Spangenschuhe alle Gr., ca. 900 P., alles mod. kz. Form, hoh. Abs. 85.00

bess. Sort., alle Größ. 115, 148, 156

Echt Chevreau, hoher Absatz, sow. Chromleder, mit L. XV.-Absatz, schön. kurze Form, s. hübsch 148.00

Braune und graue Spangenschuhe, kurze Form, hoher Absatz . 98.00

Echt braune Chevreau-Schnür- oder Spangenschuhe . . 178.—

Echt Boxkalf, mit Lackkappe, sehr fesch 198.00

Die neuesten Modeschlager in grosser Auswahl billig!

Klein. Posten Herrenstiefel teils fehlerh., teils ungl., sonst gute Ware 98.— 69.00

Kinder

Turnschuhe, vorschriftsmäss. m. Cromlederspaltsohle, 27-30 14.50, 24-26 12.50

Kräftg. Kinderstiefel 27-29 49.—, 25-26 39.00

Kinderstiefel Leder Grösse 18-19 25.00

Braun Sportleder Grösse 27 u. 28 85.00

Kamelhaar-Stoffschuhe für Damen mit Filz- und Ledersohle 36.00

Filzschnallenstiefel mit Lederbes. u. Ledersohle für Haus u. Strasse, 36-42 89.50

Damen-Stiefel

Breite Form mit Derbyschnitt imit. Chevreau und Boxleder . 98.50

Hochschaft Chroml. (echt Chev.) m. Lackk. 198.— moderne kurze Form 169.00

Orig. Goodyear-Welt gute Ledersorten, Hochschaft 298.00

Lackstiefel, Hochschaft, Lackblatt mit Lederoberteil . 298.— 198.00

Sehr eleg. Hochschaftstiefel, echt Boxkalf, besond. hoher Schaft 385.00

Viele Luxussachen grosse Auswahl, billig!

Grossdetail-Schuh-Lokal Behrndt Nur Münzstr. 25 Untergrundbahnh. Alexanderplatz

Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 54